

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (S. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 P., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 8. Dezember 1894.

Inserate die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 20 P. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weigenstraße 12.

Kapitalistischer Uebermuth und Frivolität.

Pullman in Berlin könnte man ausrufen, wenn man die neuesten Vorgänge in der Waffenfabrik der Aktiengesellschaft S. Löwe & Cie. in Berlin vernimmt. In Nr. 45 dieses Blattes reprobirten wir die von dieser Firma selbst im Jahresberichte über Handel und Industrie von Berlin von ihren Geschäftgebern gegebene Darstellung, in welcher ohne alle Umschweife konstatiert ist, daß das Geschäft in Berlin ein befriedigendes Gesamtergebnis lieferte und die beiden Fabriken in Karlsruhe und Oberndorf recht befriedigende Resultate ergielten, sowie daß das laufende Geschäftsjahr ebenfalls sehr günstig sei. Die Firma Löwe & Cie. hatte auch alle Ursache, zufrieden zu sein, denn ein Reingewinn von 2 Millionen Mark ist in der That keine Kleinigkeit, sie sind ein „Entbehrungslohn“, mit dem auch ein habgieriger, biblidenhungeriger und ausbeutungswilliger Kapitalist und Aktionär zufrieden sein kann. Die 2 Millionen Reingewinn sind der Honig der fleißigen, entbehrenden und gebrühten Arbeitsbienen, die ihnen die faulenzenden, schmarogenden Kapitalbrothen wegnehmen. „Schmaroger“ nennt sie der sozialistenfeindliche Schächle in seinem großen Werke „Wau und Leben des sozialen Körpers“ und er sagt über sie: „Unter Parasiten oder Schmarogern verstehen wir Subjekte der Gesellschaft, welche dem Staate oder Einzelnen durch List oder Gewalt einen Theil der materiellen Mittel entziehen, ohne nützliche Gegenstände zu leisten. So sehen wir als Schmaroger bald einzelne Individuen und Familien, bald große Organe des Gesellschaftskörpers, bald ganze Horden und Völker auftreten.“

Als Schmaroger treten einzelne Stände und Berufe auf, welche ihre geistliche und weltliche Gewalt als Hilfsmittel zum arbeitslosen Mitessen am Tische der arbeitenden Volksgenossen mißbrauchen. In der Kirche, im Staat, im Parteilieben, in der Kunst und Wissenschaft, in der Geselligkeit und in den Privatgeschäften bohren sich Schmaroger fest.

Das Ausschmarogern einzelner Klassen und Stände durch andere Klassen oder durch Individuen läßt sich gut beobachten in Zeiten, wo der Bauern- oder Handwerkerstand die misera contribuens plebs — das elende steuerzahlende Volk — bildet, wo die Volksmasse ein Proletariat ist, auf Hungerlohn und Sklavenarbeit gesetzt ist, von wenigen Plutokraten (Goldbaronen) ausgebeutet wird. Die ganz oder theilweise unvergoldene Ausnützung fremder Arbeitskraft findet gegen Sklaven und Leibeigene statt; aber auch im „liberalen“ Staat findet Arbeitsausbeutung statt. Das Drohenleben auf Kosten der Arbeitsbienen, das Faulenzen der Raubameisen auf Kosten ihrer Sklaven kehrt hier sozial wieder... Ein hauptsächliches Mittel, um ohne

berufliche Gegenleistung sich Antheil am Nationaleinkommen zu verschaffen, liegt im ausschließenden Besitz der Produktions- und Erwerbsmittel, der unbeweglichen und beweglichen Rentenquellen. Diejenigen Rentier, welche ihr arbeitsloses Einkommen als Mittel privaten Genusses, nicht als unabhängige Ausstattung für irgendwelche freiwillig übernommene politische oder wissenschaftliche oder sonstige Berufleistung behandeln, wird man zu den Parasiten der Gesellschaft zu zählen haben. Die an Hummeln aller Art reichen Großstädte und Vergnügungspfade erweisen eine große Ausdehnung dieses Parasitenthums.

Bei der Scheu gegen ernste Berufsthätigkeit, bei der Leichtgläubigkeit des Erwerbs, bei der Sinnlichkeit der Lebensrichtung, bei dem Bedürfnis der Vereinnung zu gemeinsamer Ausbeutung eines Dritten erklärt sich die Zugänglichkeit der ersten Parasiten für Parasiten zweiter und dritter Ordnung, die Umgebung reicher Faulenzger mit nichtsnutzigem Gesindel, der allgemeine Dand der Gaunermwelt mit der Prostitution sehr leicht.

Durch Auseinanderstellung der vorstehend aufgestellten Gesichtspunkte — Schächle behandelt auch die verschiedenen Arten der Staatschmaroger — wird sich ein ziemlich vollständiger Ueberblick über die weit ausgebreitete Erschelung des gesellschaftlichen Schmarogertums gewinnen lassen, welches zu beseitigen die Aufgabe aller derjenigen sein muß, denen das Wohl der gesamten menschlichen Gesellschaft am Herzen liegt.“

In dem allgemeinen Wilde des Schmarogertums nehmen die Elemente, welche als Aktionäre, Börstianer und Rentiers der Arbeit Saft und Kraft ausaugen in Gestalt der fetten Geschäftsgewinne, den breitesten Raum ein; dieselben Elemente sind es in der Regel, die als reiche, angesehen Leute, als Vertreter von „Besitz und Bildung“, auch im Staate, in der Gemeinde, in der allgemeinen Politik einen hervorragenden und einflußreichen Platz behaupten. Diese Elemente sind es ferner, die als Bluteigel der Arbeit nie gesättigt werden, die nie genug an kapitalistischem „Entbehrungslohn“ erhalten können, deren Begehrlichkeit keine Grenzen kennt. Und der Befriedigung dieser Begehrlichkeit sind sie bereit, ohne jede Umwandlung von Gefühlsschwäche und Skrupeln, Alles zu opfern, selbst das Vaterland, dessen Güter sie angeblich sind. Rücksicht auf die Arbeiter kennen diese Leute nicht.

So erklären sich auch die Vorgänge in Berlin, die in letzter Zeit, gerade wie bei Pullman in Chicago, wiederholt vorgenommenen Lohnreduktionen bis zu 33 1/3 Prozent! Die für das Geschäftsjahr 1893/94 ausgezahlten 18 Proz. Dividende sind fast noch warm in der Tasche der Löwe-Aktionäre und schon wird Vorgesorge getroffen, daß das nächstjährige Geschäftsergebnis noch befriedigender, noch fetter für die schmarogenden Aktionäre ausfällt.

Was verschlägt es diesen biblidenhungerigen und ihren tantidmebegehrlichen Direktoren, daß der Winter mit seinen erhöhten Ausgaben bereits den Einzug gehalten? Nichts, gar nichts! Jeder der Herren denkt als kapitalistischer Anarchist nur an sich selbst, an das eigene Ich; wie es den armen Teufeln von Arbeitern, den Familien, den Frauen und den armen Kindern geht, ob sie die Wohnung bezahlen können, ob sie warme Winterkleidung und eine warme Stube, ob sie genügende Nahrung haben — alle diese Dinge sind ihre Sache und kümmern die Aktionäre und Direktoren nicht. Die Arbeiter sollen „sparen“, würden die Herren auf direkte Beschwerde antworten; wie sie das bei knappen, unzureichenden Löhnen machen sollen, ist wiederum eigenste Sache der Arbeiter selbst. Die Arbeiter sollen sich „einschränken“, auch wir armen Kapitalisten müssen uns in diesen „schlechten Zeiten“ einschränken, ist eine weitere bekannte Phrase unserer Ausbeuter. Und wenn sie gar nicht auskommen können, sollen sich die Arbeiter an die Armenbehörde wenden. Die Armenunterstützung als Ergänzung der den Arbeitern von den Unternehmern gezahlten Hungerlöhne ist eine bereits weit verbreitete kommunale Einrichtung — wahrhaft kapitalistische Sozialpolitik! Das Ausland konsumirt viele deutsche Produkte, deren billiger Preis unter anderem auch auf die Armenkassen zurückzuführen ist. So kann die deutsche Industrie, so können Löwe & Cie in Berlin die ausländische Konkurrenz nicht nur erfolgreich abwehren, sondern auch, wie Genosse Näther in Berlin in der Metallarbeiterversammlung sehr richtig sagte, die ausländische Konkurrenz todtmachen, vernichten.

Die Vorgänge bei Löwe & Cie. in Berlin sind auch neuerliche, höchst beachtenswerthe Beweise für den Niedergang unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Die genannte Fabrik war im abgelaufenen Jahre gut beschäftigt und hat glänzenden Reingewinn gemacht und sie ist auch gegenwärtig sowie auf längere Zeit hinaus beschäftigt. Ähnlich ist die Situation bei einem großen Theile der übrigen deutschen Maschinenindustrie. Sie muß also auch eine genügende Arbeiterzahl zur Verfügung haben. Unter diesen Umständen sollte man meinen, daß nach der gerade von kapitalistischer Seite den Arbeitern als Trost und Hoffnung angebotenen Auffassung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage die Arbeitslöhne steigen müßten. Nun erleben wir das Gegentheil von Lohnsteigerung, nämlich die Lohnreduktion. Die Berliner Herren berufen sich bei ihrem Vorgehen außer auf die „Konkurrenz“ sicher auch auf die große Zahl beschäftigungsloser Metall- und anderen Arbeiter, die leicht für die Theilarbeiten abgerichtet werden können. Wenn nun aber bei genügender, ja reichlicher Beschäftigung der Industrie eine zahlreiche Arbeitslosenarmee vorhanden ist und ihr Dand, statt durch günstige Geschäftslage bedingten Lohn-

steigerung, zur Lohnreduktion führt und dieser Zustand nicht als ausnahmswelser, sondern als normaler, permanenter angesehen werden muß, dann hört die Wirksamkeit des Gesetzes von Angebot und Nachfrage auf, dann hört auch die Hoffnung des Arbeiters auf eine zeitweilig eintretende Wirkung jenes Gesetzes zu seinen Gunsten auf, noch irgendwie berechtigt zu sein und dann gilt und herrscht nichts mehr als der nackte, brutale, rückwärtslose Kapital-Despotismus.

Dagegen kann nur der organisatorische Zusammenschluß der Arbeiter ein einigermaßen wirksames Gegengewicht bilden. „Durch die Koalition bekommt der Arbeiter eine Kontrolle über das Angebot seiner Waare auf dem Markte“, sagt Brentano; „durch sie wird ihm möglich, seine Waare mit Vorbehalt anzubieten und bei Feststellung ihrer Kaufbedingungen mitzusprechen; durch sie also erhält er die Unabhängigkeit anderer Verkäufer und indem er durch sie die Freiheit und die Macht der Selbstbestimmung über seine Person erhält, wie sie jeder andere Verkäufer besitzt, indem er durch sie die Nachteile der Verbindung seiner Waare mit seiner Person aufzuheben im Stande ist, wird durch sie seine Waare gleichsam von ihm getrennt und dadurch erst zu einer Waare wie andere. Erst durch die Koalition also wird die Arbeit zur eigentlichen Waare und der Arbeiter zum eigentlichen Waarenverkäufer. Wo immer er des Schutzes bedarf, kann er sich ihn nun sofort nach Bedürfnis verschaffen.“

Kapitalistischer Uebermuth, Frivolität und Gewinnsucht, wie sie sich in Berlin nun in so empfindlicher Weise für die Arbeiter zeigen, sollten den nichtorganisirten Arbeitern endlich die Augen öffnen über die bringende Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und über die Nothwendigkeit für jeden Arbeiter, sich derselben anzuschließen; sie sollten aber auch darüber belehren, daß harmonieuselige Vereinigungen, wie die Hirsch-Duncker'schen, kein Gegengewicht gegen die Kapital-Despotie bilden können. Nur kräftige, umfassende, auf der Grundlage des Klassenkampfes beruhende Gewerkschaften können solche Pullman-Attentate auf die Arbeiter, wie sie in Berlin so frivol verübt wurden, verhindern.

Das Handwerk und die Handwerker.

Während im Jahre 1848 in Frankfurt a. M. das deutsche Reichsparlament versammelt war, fand daselbst auch ein allgemeiner deutscher Handwerkerkongreß statt, der die Gehilfen gerade so mit Mißachtung behandelte, wie dies unsere heutigen Innungen noch zu thun pflegen. Das Programm, welches der Kongreß aufstellte, verlangte die obligatorische Innung, das Verbot des Hausirhandels mit „Handwerkartikeln“, die Unzulässigkeit von Staats- und Kommunalwerkstätten, die besondere Besteuerung der

Fabriken, Handelsmonopol des Handwerkerstandes für seine Erzeugnisse, hohe Schutzzölle, Ausfuhrprämien für deutsche Fabrikate und vortheilhafte Handelsverträge, Spezialkammern für Vertretung der Innungen und eine allgemeine deutsche Handwerkskammer, unentgeltlichen und verbesserten Schulunterricht, gewerbliche Fortbildungsschulen, Hilfsklassen und Voranschulen und „zweckmäßige Kreditgesetze“. Die ersten Forderungen bilden heute noch den eisernen Bestand des Innungsprogrammes, das durch den Befähigungsnachweis und einige andere gleichwertige Postulate noch bereichert worden ist.

Wenn die Zünftler mit den 1848 in Frankfurt aufgestellten Forderungen heute, nach einem halben Jahrhundert, noch immer treuen stehen, so haben sich im Gegensatz zur Verfeinerung der Innungsbestrebungen die wirtschaftlichen Verhältnisse und die allgemeinen Anschauungen darüber in diesem Zeitraum wesentlich geändert. Ueberzeugende Beweise dafür sind der industrielle Eroberungskrieg und das beständige Zurückweichen des Kleingewerbes, sowie der Wechsel in den wissenschaftlich-kritischen Urtheilen über diese Dinge.

Ein Jahr nach dem Frankfurter Handwerkerkongress veröffentlichte der bekannte Sozialist Robertus in den in Mailand erschienenen „Demokratischen Blättern“ einen Artikel über die Handwerkerfrage, dem er den Titel verlieh: „Wie ist dem Handwerkerstande zu helfen?“

Robertus führt in diesem 1849 veröffentlichten Artikel aus, daß der Grund der handwerklichen Nothlage in dem Mangel einer genügenden Kundschaft liege und er untersucht sodann die Frage, warum die Handwerker die alte Kundschaft verloren haben. Bei einigen Handwerkern, sagt er, hörte die Kundschaft völlig auf, weil die Arbeit überhaupt nicht mehr in der Gesellschaft bedurft wurde. „Die einst angesehenen Gewerke der Panzerfeger, der Schwerfeger fielen vollständig mit dem Panzer und den neuen Waffen. Das verächtlichere Gewerbe der Perrückenmacher hat dasselbe Schicksal erfahren. — Eine veränderte Richtung des Handels oder die ungeheueren Fortschritte der Mechanik überlieferten andere Handwerke dem Ruin. Als die Hanse noch jährlich Tausende von Stücken Tuch auf die eine Messe von Nowgorod führte, war in ganz Norddeutschland das Tuchmachergewerbe das wichtigste und mächtigste Handwerk. Es erhielt seinen ersten Stoß, als der nordische Handel an die Holländer und dann an die Engländer überging, und die Erfindung des Dampfwebstuhls gab oder wird ihm den Rest geben. — Der durch fortgesetzte Theilung der Arbeit an einzelnen Orten immer fabrikartiger ge-

wordene Betrieb gewisser Handwerker hat diesen in der ganzen übrigen Welt eine veränderte Gestalt gegeben. Seit in der Schweiz sich ganze Bevölkerungen mit der Arbeit der einzelnen Theile, aus denen eine Uhr besteht, beschäftigen, sind fast alle Uhrmacher der Welt nur noch Uhrenhändler oder Uhrenreparateure geworden. Gegen den Tod aller Handwerke, die durch solche oder ähnliche Gründe getroffen werden, ist kein Kraut gewachsen. Kein Wille, kein Gesetz war oder ist stark genug, diese ihrem Schicksal zu entziehen.“

Diese Darstellung der wirtschaftlichen Zusammenhänge ist ebenso zutreffend wie interessant und für die heutigen Zünftler nicht minder lehrreich als sie für diejenigen der damaligen Zeit war. Vollkommen von der wirtschaftlichen Entwicklung überholt und daher nicht mehr zutreffend sind dagegen folgende Sätze, die in dem Robertus'schen Aufsatze unmittelbar an obige Ausführungen anschließen. „Aber noch bleiben die meisten und wichtigsten Handwerke übrig. Die Schneider, die Schuster, die Kürschner, die Tischler, die Schlosser usw. sind solche, welche die Zivilisation niemals entbehren kann, unter denen das Genie des Mechanikers so leicht nicht wüthen wird, aber gerade auch diese leiden überall an mangelnder Kundschaft, gerade deren mangelnde Kundschaft ist es, weshalb eine Veränderung der gewerblichen Ordnung begehrt wird. Hier greift ein allgemeiner und wenn auch nicht tödtlicher, doch langsam zehrender Grund Platz. Die vermögenden Kunden haben sich von diesen Handwerkern abgewandt und die, welche ihnen geblieben sind, haben keine Mittel, sie durch hinlängliche Arbeit in Nahrung zu setzen. Die reichen Konsumenten lassen heute nur noch bei den großen Meistern in den Hauptstädten oder vermittelt des Kaufmanns auf dem Weltmarkt arbeiten, bei den Handwerkern in den kleineren Städten oder den kleineren Handwerkern in den Hauptstädten nur noch die Unbemittelteren, die arbeitenden Klassen, das Proletariat. Die gute Kundschaft ist somit dem großen Kapital, den wenigen Meistern, die nicht leben, zugefallen und das kleine Kapital, der Handwerkerstand im Allgemeinen, soll sich von der Armut nähren. Dieser leidet unter dem doppelten Druck einer vernichtenden Rivalität weniger Kapitalisten und der schlechten Kundschaft der Klassen, die nichts zu verzehren haben.“

Im Jahre 1849 hatte man noch keine Ahnung davon, in welchem Maße das Maschinenwesen sich entwickeln, alle Gebiete berühren und revolutioniren werde. Das Genie des Mechanikers hat in der That bis jetzt schon überall „gewüthet“

und was noch wichtiger, es wüthet weiter. Alle die von Robertus angeführten Handwerke sind von der Maschinerie mehr oder weniger beeinflusst worden, sie alle haben Großindustrien erstehen und ihr eigenes Bethätigungsgebiet immer mehr zusammenschrumpfen sehen. In den Schneid- und Schuhmachergewerben hat der großkapitalistische Betrieb und der Handel mit dessen Produktion in ausgedehntestem Maße Platz gegriffen; daneben ist das Handwerk größtentheils zum Flickgewerbe — Flickschneiderei und Flickschustererei — geworden und nur theilweise ist das Handwerk, Meister und Gehilfen, noch mit der Aufertigung neuer Artikel beschäftigt. Und nun macht sich zu allem Unglück für das in seiner wirtschaftlichen Bedeutung rapid zurückgegangene Handwerk der Schneider und Schuhmacher auch noch der Großbetrieb für die Flickerei geltend, so daß der Kleinmeister nicht einmal mehr beim Kleiderflicken und Schuhflicken, der letzten Rettung von Tausenden kleiner selbstständiger Existenzen, sein Auskommen findet. Was von der Schneiderei und Schuhmacherei, das gilt so ziemlich vom ganzen Handwerk, wenn schon nicht alle Gewerbe ihrer Natur nach so zerrissen und herabgedrückt werden können wie die beiden genannten. Ist doch z. B. sogar die Feilenhauererei, wie der jüngste Jahresbericht der Wiener Handels- und Gewerbekammer bemerkt, für den Kleinbetrieb zum „Flickgewerbe“ geworden, das nur noch alte Feilen frisch aufhaut.

Was Robertus über den Verlust der zahlungsfähigen Kundschaft sagt, gilt allerdings heute noch und galt schon vor anderthalb hundert Jahren, wie Justus Möser in seinen „Patriotischen Phantasien“ darthut. Heute natürlich in ganz anderem Maße als früher, da die zahlungsfähigen Leute eine kleine Anzahl bilden und nur wenige bessere Mittelbetriebe beschäftigen können, während der größte Theil des sogenannten Mittelstandes und der Arbeiterklasse seine Bedürfnisse an Kleidern, Schuhen, Möbeln zc. mit Fabrikzeugnissen deckt. Die Ursachen hiervon sind natürlich ebenfalls wirtschaftlicher Art. Die kleinen Geschäft- und Lohnverdienenden zur Einschränkung in jeder Beziehung, namentlich aber zum billigen Einkauf der unumgänglichen Bedarfsartikel, für die das Handwerk in der Regel aber höhere Preise fordert als der Fabrikant resp. Händler. Zum Letzteren ist ja bekanntlich vielfach der Handwerker geworden.

Daß der Arbeiter als Kenner und Freund solider Arbeit das Handwerk bevorzugen würde, wenn ihm sein Lohnverdiensten gestattet, mehr die Solidität als den Preis zu berücksichtigen, und daß er dann die gute Kundschaft des Handwerks wäre, ist Thatsache und

ist auch bei Lohnforderungen oder Abwehr von Lohnreduktionen gerade gegenüber dem Kleingewerbe oft genug hervorgehoben worden. Wenn dieses daher, wie es so häufig geschieht, im Kampfe gegen die „Begehrlichkeit der Arbeiter“ gemeinsame Sache mit den großen industriellen Unternehmern macht, darf man mit Recht sagen, daß die Handwerksmeister mit Blindheit geschlagen sind und selbstmörderischer Weise den Ast absägen, auf dem sie sitzen.

Die Hebung der Kaufkraft des Volkes wird heute in immer weiteren Kreisen als eine Nothwendigkeit für die auch nur relative Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse erklärt. Diesen Gedanken gibt selbst der Jahresbericht des Velttesten Kollegiums der Berliner Kaufmannschaft Ausdruck. „Auf der andern Seite“, heißt es da, „vermisst man eine genügende Kaufkraft in der breiten Masse der Bevölkerung. Das Verlangen nach Billigkeit der Waare drängte die Rücksicht auf die gute Beschaffenheit in unliebbarer Weise zurück; es herrschte ein weit verbreitetes Streben, den Verbrauch auf das Nothwendige einzuschränken, wodurch fast alle Luxusindustrien einer stark verminderten Nachfrage begegneten. Allein neben solchen Momenten, welche schließlich auf — freilich schwer zu vermeidende — Fehler in der Leitung der volkswirtschaftlichen Produktions- und Vertheilungsarbeit zurückzuführen sind, haben zu dem unbefriedigenden Ergebniss des Geschäftsjahres 1893 doch sehr wesentlich auch Ereignisse mitgewirkt, die außerhalb der wirtschaftlichen Voraus-

setzungen lagen.“ Was da mit ruhiger Gelassenheit und bei aller Ueberlegung gesagt wird — die Worte sind von uns besonders hervorgehoben —, ist nicht mehr und nicht weniger als die sozialistische Anschauung, nur daß diese in ihrer Ganzheit eine Leitung der Produktion und Gütervertheilung in der heutigen Gesellschaft überhaupt nicht anerkennt und in der That Niemand die Frage zu beantworten vermöchte, wo denn diese Leitung etwa wäre.

Ein ansehnliches und bauernbes Mittel zur Hebung und Rettung des Handwerks ist aber natürlich auch die Stärkung der Kaufkraft des Volkes nicht. Wer mehr zahlen will, findet heute schon zur Deckung aller Bedürfnisse die solidesten und geschmackvoll gearbeiteten Fabrikzeugnisse, wie sie vielfach das Handwerk überhaupt nicht zu liefern vermag oder wenn möglich, dann bei gleicher Qualität zu wesentlich höheren Preisen. Der Verlust der Kundschaft und die bereits weit um sich gegriffene Verarmung des Handwerks würden also unaufhaltsam fortdauern und fortschreiten, wenn auch die

Das Arbeitsrecht im rabbinisch-talmudischen Gesetz.

Ein Irrthum ist es, zu glauben, daß erst mit dem Aufkommen der mittelalterlichen Zunft bestimmte Vorschriften über die Behandlung der Arbeiter entstanden, und sich erst von da an der Begriff eines Arbeitsrechts entwickelt hat. Gewisse Moral-Grundsätze hat es dafür schon lange vor dem Christenthum gegeben. Die alten chinesischen Philosophen bereits stellten solche Grundsätze auf, Sáo-tse, Konfuzius u. A. Im hebräischen Kom stellten die Tora den Grundstein auf, auch im ardenten Sklaven den Menschen zu achten. Und in der Bibel finden wir die Behre: „Der Arbeiter ist seines Lohnes werth.“ Das 21. Kapitel im zweiten Buch Moses enthält eine vollständige Gesetzbildung. Ferner kommt in Betracht das Verbot der Arbeit am Sabbath.

Von besonderem Interesse sind die arbeitsrechtlichen Bestimmungen, welche das rabbinisch-talmudische Gesetz enthält. Der Talmud ist ein größeres, in den ersten Jahrhunderten der christlichen Zeitrechnung entstandenes Sammelwerk, welches neben Sagen, Sprüchen zc. hauptsächlich das rabbinische Ritual, Zivil- und Criminalgesetz umfasst. Im Traktat Baba meziab, Fol. 10 er-

klärt ein Autor: Der Arbeiter kann zu jeder Zeit, auch mitten im Tage die Arbeit einstellen. Interessant ist besonders die Begründung aus dem Bibelvers (Deu. 25, 55): „Denn wir sind die Kinder Israels Rechte, meine Knechte sind sie; das bedeutet: ein Mensch (Israelit) darf nur ein Knecht Schobabs sein, nicht aber darf er zum Knecht anderer Menschen gestempelt werden. Würde aber der Arbeiter resp. Tagelöhner gesetzlich gehemmt sein, seine Arbeit niederzulegen, so würde er damit zum Knecht oder Sklaven des Arbeitgebers herunterfallen.“

Diese Ansicht hat auch im rabbinischen Gesetzeskodex als gesetzliche Norm Aufnahme gefunden. Im 3. Band des Schulchan Arach (erschien zuerst 1567), in dem das Zivilrecht umfassende Choschen-Mischpat, Kapitel 333, § 3, lesen wir: „Hat der Arbeiter seine Arbeit begonnen und will sie mitten unter der Zeit niederlegen, so kann er es thun, selbst dann, wenn er bereits seinen Lohn zum Voraus empfangen und ihn verbraucht hat, so daß er nicht mehr in der Lage ist, das zuviel empfangene zurückzugeben. (Er bleibt eben in diesem Fall das zuviel empfangene schuldig.) Denn es steht geschrieben: Keine Knechte sollen die Israeliten sein, aber nicht Knechte anderer Knechte.“

Welche beschränkten Begriffe von Menschenwürde hatten doch diese Autoren, daß sie jede gesetzliche Beschränkung der Arbeitseinstellung, ob in der Form von Strafe oder Buße, als eine Entwürdigung und Verflüchtung des Arbeiters im Namen der Religion verpönten! Wie tief stehen sie unter den germanisch-germanischen Arbeitergeschutzgesetzmachern des deutschen Reichstags, den Stumm, Hartmann, Hirch, Gutfleisch und Genossen, die ad majorem gloriam (zur größten Herrlichkeit) der Industrie, d. h. des Unternehmerprofits, das Sklavenjoch der Arbeiter noch fester schnürten, indem sie es zu lockern behaupten. Auch über die Zurückhaltung des Lohnes behaupten die Schabenereser enthält der Talmud resp. das rabbinische Gesetzbuch Stellen, welche gegen den § 119 grell abheben. Da heißt es z. B.: „An demselben Tage sollst Du ihm seinen Lohn geben, nicht soll die Sonne über ihm untergehen.“ So heißt es im Pentateuch. Beschäftigt der Arbeitgeber den Lohn zurück, so verfährt er außerdem noch gegen mehrere andere Verbote, so namentlich gegen die Stellen: „Nicht sollst Du Deinen Nächsten, nicht den armen Tagelöhner bedrücken.“ „Nicht sollst Du armen.“ Wer den Lohn eines Arbeiters zurückhält, verflucht sich geradezu gegen sein Leben. Wer den Arbeiter, der seinen Lohn verlangt, von einem Tag auf den anderen vertröstet, der ist ein Arbeiter-

schänder. So heißt es auch in den Sprüchwörtern: „Sage nicht, geh' und komm' morgen wieder, wenn Du heute zahlen kannst.“ Erklärt der Arbeitgeber: Dein Geld bleibt sicher bei mir aufgehoben, aber ich folge es Dir vorerst nicht aus, so ist er ein Räuber, der den Armen des Verbrauchs seines mühsam Erworbenen beraubt. (Talmud und Midrasch, auch Joseph Caro im Kobez.) Wie sehr man sich in jenen Kreisen der Pflicht bewußt war, gegen die hilflose Arbeiterklasse weitgehende Billigkeit walten zu lassen, zeigt nachstehende Geschichte: Einem Gelehrten gebracht einmal einige bei ihm beschäftigte Arbeiter ein Weinfäß, wofür der Gelehrte den Mantel der Arbeiter pfändete. Die Arbeiter beklagten sich beim Richter, welcher entschied, der Gelehrte müsse den Mantel herausgeben. Ist das so Gesetz? fragte dieser. Gewiß, antwortete der Richter, dem Schriftwort gemäß: „Wandle den Pfad der Billigkeit.“ Es geschah, aber die Arbeiter klagten weiter, daß sie den ganzen Tag gearbeitet und keinen Lohn erhalten haben. Der Richter ließ dem Gelehrten sagen, er möge den Arbeitern den vollen Lohn auszahlen. Das auch noch? fragte der Gelehrte. Gewiß, war die Antwort dem Schriftwort gemäß: „Damit Du die Wege der Gerechten beschreitest.“ (Traktat Babameziab, Fol. 88 und Parallelen.)

Kaufkraft des Volkes ganz wesentlich gehoben würde. Diese Hebung in Gestalt der Erhöhung des Einkommens der arbeitenden Klassen, sowie die „Demokratisierung des Kredits“, die ja in den Spar- und Vorschußklassen z. zum Theil Verwirklichung gefunden, waren die Mittel, welche Hobbertus zur Lösung der Handwerksfrage vorschlug.

Heute würde Hobbertus diese Vorschläge nicht mehr wiederholen. Bei dem heutigen Stande der wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer offensichtlichen Entwicklungs-Tendenz kann es sich gar nicht mehr um die Frage handeln, wie das Handwerk zu retten sei, sondern wie der Handwerker gerettet werden könne, aber auch nicht als Handwerker, sondern als Glied unseres wirtschaftlichen Körpers. Ein Theil der Handwerksmeister hat bereits als Händler, Gastwirthe zc. anderweitig Unterkommen gefunden, ein anderer Theil verrichtet Tagelöhner- und Handlanger-Arbeit zc. in Fabriken oder auch bei andern Unternehmungen und von den noch aktiven Handwerksmeistern wird in der Zukunft ein immer mehr wachsender Theil als Lohnarbeiter thätig zu sein gezwungen werden. Als solche aber haben die Gr.-Meister die gleichen Interessen wie die ganze Arbeiterklasse und diese Interessen treiben auf eine Neuordnung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse hin, auf Abschaffung des Kapitalismus und Einführung des Sozialismus.

Die Zukunft unserer Industrie und der Kampf gegen den „Umsturz“.

Ein Regierungsblatt demontirte unlängst die Nachricht, daß die dem Bundesrathe zugegangenen Vorlagen betr. den Kampf gegen den „Umsturz“ die Einlösung eines Versprechens des zweiten Gr.-Reichstanzlers an die deutschen Großindustriellen sei. Wir müssen es dahingestellt sein lassen, ob die Reichsregierung mehr formaler als tatsächlicher Wichtigkeiten wegen die bez. Nachricht der „Allg. Ztg.“ bestritten hat. Sicher bleibt aber, daß die Vertreter der deutschen Großindustrie über die Aufhebung des Sozialistengesetzes untrüblich waren, daß sie stets durch ihren würdigen Vertreter im Reichstage, Herrn v. Stumm, die Bekämpfung der Sozialdemokratie mit allen Mitteln forderten, daß sie dem Kaiser und Kanzler, den Ministern und Geheimräthen in den Ohren lagen, damit endlich die Sozialdemokratie nicht bloß mit dem bisher angewandten Mittelchen bekämpft würde, sondern daß sie durch die praktische Anwendung neuer Sanktions-Paragraphe gedächet und in der Agitation möglichst eingeeignet werde. Die Beherrscher unserer Industrie von des Kapitals Gnaden möchten am liebsten die sozialdemokratische Presse, das sozialdemokratische Vereins- und Versammlungswesen, das gewerkschaftliche wie das politische vollständig unmöglich machen. Damit schlägt ihre Politik Wege ein, die einzuschlagen ihren gefährlichsten Konkurrenten auf dem Weltmarkte, den englischen wie auch den amerikanischen Unternehmern, nie befallen würde.

Es gibt eigentlich keinen besseren Nachweis für die Kurzsichtigkeit unseres Großunternehmertums als die Thatsache, daß ihre Stellung zu der Arbeiterbewegung dieselbe ist, wie die der zurückgebliebenen russischen Industrie, während sie sich im vollen Gegenfaze zu der von den englischen Beherrschern des Weltmarktes eingeschlagenen Politik befindet.

Ist es ein Zufall, daß die russischen Arbeiter, ohne über ihr Schicksal nachzudenken, übermäßig lange arbeitend ihr Leben verbringen und dabei nicht bloß selbst auf einer niedrigen sozialen Stufe verbleiben, sondern auch die Konkurrenzfähigkeit ihrer Produkte nicht heben

können, während England und die nordamerikanische Union wie die Schweiz bei vollster Freiheit für die politische und gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiter zu den führenden Industriestaaten gehören. Ist es etwa ein Zufall, daß von der sozialdemokratischen Agitation am meisten erfaßte deutsche Bundesstaat, das Königreich Sachsen, mit seiner, trotz aller Verelendung außerordentlich leistungsfähigen Arbeiterschaft der führende Industriestaat Deutschlands ist, daß der Hauptly der an die Tüchtigkeit der einzelnen Arbeiter so große Anforderungen stellenden Stahlindustrie das mit Chefhield den Weltmarkt beherrschende sozialdemokratische Solingen ist, daß Mühlbergs Arbeiter, deren Produkte Weltruf haben, der Sozialdemokratie anhängen.

Sicherlich ist es auch nicht Zufall, sondern bittere Nothwendigkeit für die Unternehmer, daß sie eine große Anzahl ihrer Werkmeister- und Vorarbeiterstellen mit Sozialdemokraten besetzen müssen, sie müssen es thun, weil dieselben die tüchtigsten und besten Arbeiter sind.

Die preussischen Minister des Kriegs und der Eisenbahnen wissen, daß ihre Untergebenen, so konservativ und reglementarisch sie auch sonst sein mögen, nur widerwillig und oft auch gar nicht die Befehle auf Ausschluß der sozialdemokratischen Arbeiter von den Staatsarbeiten ausführen. Wir wissen, daß sich in den Akten dieser Ministerien die Erklärung hiers findet, daß bei der Entlassung der sozialdemokratischen Arbeiter als der besten und tüchtigsten die Güte der Ausführung leiden müsse.

Unsere Industrie kann die sozialdemokratischen Arbeiter nicht entbehren, nicht nur ihrer großen Zahl, sondern noch weit mehr ihrer Fähigkeiten wegen. Unsere sozialdemokratischen Arbeiter sind ihrer Mehrzahl nach für unsere Industrie unersetzbar, unersetzbar nicht bloß als Arbeiter, sondern in besonderem Maße als sozialdemokratische Arbeiter. Ihre geistige Entwicklung, ihr hohes, wirtschaftliches und technisches Verständnis, ihre Bildung und Urtheilsfähigkeit sind eben wichtige Grundlagen der Bedeutung Deutschlands als Industriestaat. Diese hervorragenden Eigenschaften würden aber die deutschen Arbeiter nicht haben, wenn sie nicht Sozialdemokraten wären, wenn sie nicht durch die Sozialdemokratie aus dem Schlafe aufgerüttelt, zu denkenden Menschen gemacht worden wären, wenn sie durch dieselbe nicht einen weiteren Interessentkreis erhalten, auf ein ganz anderes Niveau gehoben worden wären.

Die deutschen Großunternehmer, deren höchstes Ideal die Ausrottung der Sozialdemokratie ist, wissen nicht, daß sie, indem sie für dieses Ziel arbeiten, den Akt, auf dem sie sitzen, abzulegen versuchen.

Hören wir, was darüber ein Bourgeois-Bkonom, der Professor der politischen Oekonomie an der Wiener Universität, Prof. v. Philippovich*, sagt:

„In der That, die technische und kommerzielle Bildung der Unternehmer, die mechanische Ausrüstung der Fabriken, die organisatorischen Einrichtungen der Unternehmungen, die Bedingungen des Verkehrs, des Transports, des Handels, sie sind durch staatliche und private Bemühungen im Vergleich, bei allen Nationen in ein absolutes Gleichgewicht gesetzt zu werden oder sie werden so gestaltet, daß ihre wirtschaftliche Bedeutung sich für die Unternehmungen ausgleicht. In demselben Maße aber tritt als entscheidender Faktor die lebendige Produktivkraft, deren jeder Unternehmer bedarf, der Arbeiterstand, hervor und sichert das Uebergewicht und vielleicht den dauernden Sieg der Nation, die es verstanden hat, ihm die besten Bedingungen körperlicher und geistiger Entwicklung zu sichern. Niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, leichte Denkfähigkeit und geduldiger Verzicht auf eine höhere soziale Stellung seitens der Arbeiter waren noch nie die Begleitererscheinung aufblühender

* In der sehr viele werthvolle Beiträge enthaltenden neuen Wiener Wochenschrift „Die Zeit“ 1. Jahrgang auf S. 86.

Industrien, wenn auch vielleicht die Ursachen ihrer ersten Anlage. Zu ihrer Entfaltung auf höherer Entwicklungsstufe gehört auch steigendes wirtschaftliches und technisches Verständnis der Arbeiter, ein wachsendes Maß von Bildung, Urtheilsfähigkeit und Mannesaucht, das nur ein von Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein erfüllter Arbeiterstand zu prästiren vermag. Wenn der englische oder amerikanische Arbeiter in 9 und weniger Stunden dasselbe leistet, wozu der hausindustrielle Arbeiter im Riesengebirge 9¹/₂ Stunden benötigt, so beweist dies, daß selbst eine bis zur physischen Erschöpfung getriebene Arbeitsanspannung und die kümmerlichste Lebenshaltung der fortgeschrittenen Industrie nicht die Spitze bieten können. Die Produktionsbedingungen dieser letzteren aber sind von einer vollkommenen Arbeiterbevölkerung nicht zu beherrschen. Je mehr unser Unternehmertum vorwärts schreitet, je sorgfältiger der Staat auf die Entwicklung unserer industriellen Kräfte bedacht ist, desto mehr Gewicht muß daher auch darauf gelegt werden, den Arbeiterstand intellektuell und physisch zu heben, beziehungsweise ihn gesund, kräftig und frisch zu erhalten. Das ist die Aufgabe der Sozialpolitik.“

Der Schreiber vorstehenden Zitates war während seiner Beherrschbarkeit im Deutschen Reich ein eifriger Wortführer der nationalliberalen Partei und Mitarbeiter der „Kölnischen Zeitung“. Er sollte demnach den Agitatoren für die Bekämpfung der Sozialdemokratie ein ganz unverdächtig Zeugnis sein. Was er aber sagt, ist nichts anderes, als was wir behaupten, daß Deutschlands industrielle Entwicklung durch die Erbtötung der Sozialdemokratie sehr schwer leiden würde.

Unsere Unternehmer sind aber blind, sie fürchten jede kleine Unannehmlichkeit, die die Arbeiter ihnen bereiten könnten, sie möchten ihr aus dem Wege gehen, indem sie die Selbstständigkeit der Arbeiter ertödteten. Wir wissen, daß ihnen das nicht gelingen wird, daß aber, wenn dies möglich wäre, nicht bloß die Arbeiter, sondern auch das Interesse der Unternehmer darunter sehr schwer leiden würde.

Die industrielle Zukunft Deutschlands hängt im wesentlichen ab von der Sozialdemokratie.

„Vorwärts“.

Gewerbekrankheiten mit besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie.

(Fortsetzung.)

Für die ärztliche Erkenntnis und Beurtheilung einer Krankheit bildet die Sektion die Prüfung, ob die Diagnose eine richtige, ob das aus subjektiven und objektiven Symptomen bezugte Leiden auch wirklich in dem Organismus vorhanden war. Die Sektion, welche die Organe des menschlichen Körpers in ihrer anatomischen Gestalt und unbeeinflusst von den mannigfachen, das Bild der Krankheit verwickelnden Strömungen zeigt, sie hat auch auf dem Gebiet der Staubinhalationskrankheiten den letzten Schlußstein der wissenschaftlichen Beweisführung von dem Staub als Krankheitsursache erbracht: 1865 hat der Erlanger Professor Zenker auf dem Sektionsische den strikten Nachweis geliefert, daß Eisenstaub in die Lungen eingeathmet, dort abgelagert und von ihm Erkrankungen des Gewebes hervorgerufen werden. Es waren die Lungen einer Arbeiterin, deren Beschäftigung darin bestanden hat, Fließpapier durch trockene Einreibung von „Englischroth“ roth zu färben, und die durch Einlagerung von Englischroth vollständig roth gefärbt waren.

An diese „rothe“ Eisenlunge schlossen sich schwarze Eisenlungen an, die durch Einathmung von Verbindungen von Eisen mit anderen Stoffen, wie phosphorsaures Eisenoxyd zc., entstanden waren und schließlich die Eisenlungen der Schleifer, in denen sich ein Gemisch von Eisen- und Sandstaub fand. Außer der Eisenlunge kennen wir noch die Stein-, die Kohlen-, die Tabaklunge, deren Namen die Art ihrer Entstehung verrathen.

Wenden wir uns zu jenem „alten Haupt-

kapitel der Gewerbekrankheiten, den Gasinhalationskrankheiten, welche durch Einathmung von Gasen, Dämpfen und Dünsten entstehen. Sie spielen im Leben und Schaffen der Metallarbeiter eine verhältnismäßig geringe Rolle, und so wollen wir sie nur so weit in den Bereich unserer Betrachtungen ziehen, als es zum Verständnis der Ausdehnung der Gewerbekrankheiten unbedingt nothwendig ist.

Auch hier sind es vor Allem die Respirationorgane, die durch die schädliche Einwirkung von Gasen verändert und in krankhafte Prozesse, wie Katarrhe der Luftwege, Bronchienemphysem und Tuberkulose, gebracht werden. Während man jedoch, wie wir oben bemerkt, bei den Staubinhalationskrankheiten, im Stande war, die inhalirten Staubtheile im Lungengewebe nachzuweisen und einen untrüglichen Befund an der todtten Lunge hatte, fehlt dieser letzte und sicherste Beweis bei den Gasinhalationskrankheiten. Bei diesen gibt uns nur das Blut Aufschluß über die Erkrankung, und wo dort uns ein in das Lungengewebe eingebettetes Eisen-, Niesel- oder Steinkohlentheilchen auf den stattgehabten Prozeß hinweist, da zeigt uns hier die veränderte Form der Blutkörperchen, die Lackfarbe des Blutes, daß es sich um eine Schwefelwasserstoff- oder Arsenwasserstoffvergiftung handelt. Gase und Dämpfe, die in den vielverzweigten Industrien und Gewerben vorkommen, theilt man nach der Art und Weise, wie sie auf den Organismus einwirken, in drei Kategorien ein. In die „aktigen“, die, wie ihr Name sagt, eine spezifische Wirkung ausüben, die „indifferenten“, die nur durch Verminderung des Sauerstoffgehaltes der Einathmungsluft wirken und die „irrespirablen“, welche einen die Athmungsorgane stark belästigenden, resp. gefährdenden Reiz ausüben. Zu den indifferenten Gasen gehören der Stickstoff, Wasserstoff und Kohlenwasserstoff, wie sie speziell bei Bergleuten in Gruben zur Einathmung gelangen; ihr Einfluß ist verhältnismäßig gering und äußert sich bei dauernder Einathmung in Entwicklung von Bronchienemphysem. Von weit erheblicherem Nachtheil sind die irrespirablen Gase, deren Hauptvertreter die schweflige Säure und das Chlor bilden. Die schweflige Säure findet ihre Anwendung vor allem in der Strohhutfabrikation beim Bleichen der Hüte, ferner beim Schwefeln des Hopfens, als schwefelsaure Dämpfe beim Verzinnen von Eisenblech, bei der Herstellung der Metallschablonen zc. Ihre Einwirkung ist eine zweifache, sowohl auf die Organe der Athmung, wie die der Verdauung, dort lästige Katarrhe, hier Störungen der Magen- und Darmthätigkeit erzeugend. Das ungleich schlimmste von diesen Gasen ist das Chlorgas, welches fast nur in der Chlorkalkfabrikation vorkommt und dort allerdings die überwiegende Mehrzahl der beschäftigten Arbeiter erkranken macht. Sie erkranken an frischen Lungenentzündungen, die direkt durch die Einathmung von Chlordämpfen hervorgerufen werden, oder aber stürzen plötzlich unter den Erscheinungen der höchsten Athemnoth zusammen in Folge eines durch Einathmung von zu viel Chlor eintretenden Stimmkrampfes. In den meisten Fällen läßt sich ein tödtlicher Ausgang durch sofortige Entfernung aus der chlorhaltigen Atmosphäre verhüten.

Ähnliche Erscheinungen bietet die Einathmung von salpetersauren Dämpfen bei der Fabrikation der Eisenbeize, der galvanischen Vergoldung, in den Münzstätten, wie die Einwirkungen des Ammoniakgases auf die Arbeiter der Kohlenleuchtgasfabriken. Die Gase, zu deren Besprechung wir nunmehr gelangen, bilden in unserer Betrachtung der Gasinhalationskrankheiten den ungleich wichtigsten Theil, nicht nur wegen ihrer Verbreitung in den verschiedensten Fabrikationszweigen, sondern auch vor Allem wegen ihrer schweren und oft

idyllischen Einwirkung auf den menschlichen Organismus. Man bezeichnet sie als „giftige Gase“, ihre Wirkungen als Gasvergiftungen und rechnet zu ihnen das Kohlenoxyd, Schwefelwasserstoffgas und die Kohlenäure. Unserem Grundgase entsprechend, auch hier nur das Wichtigste und Erwähnenswerteste hervorzuheben, wollen wir in großen Zügen die mannigfachen Bilder dieser Vergiftungen an uns vorüberziehen lassen.

Das Kohlenoxydgas kommt am häufigsten als Gasmenge, als sog. Kohlendunst, als Rauchgas und als Minengas vor und übt in diesen Gemengen bei Einathmung gefährliche Wirkungen aus. Die Erscheinungen der Kohlenoxydvergiftungen äußern sich in erster Reihe vom Gehirn aus: dumpfer Kopfschmerz, Schwindeln vor den Augen und Schwindel, denn, wenn die Einathmung von Kohlenoxydgas oder von einem der oben genannten Gemenge noch länger fortbauert, bald gänzlicher Verlust des Bewußtseins folgt, dabei heftig auftretende Krämpfe, dies sind die charakteristischen Symptome der Vergiftung. Zu diesen schweren Ausgängen kommt es im Allgemeinen nicht, da die herannahenden Zeichen der Gaseinathmung die betreffenden Arbeiter veranlassen, die schädliche Atmosphäre, wenn auch nur vorübergehend, zu verlassen; um so häufiger sind dagegen diese Zeichen als erster Grad der Vergiftung, die selbst bei ständig in derartigen Gemengen Arbeitenden immer von Neuem wieder eintreten können. In derartigen Gemengen sind beschäftigt die mit der Fabrikation des Reuchgasgas beschäftigten Arbeiter, ferner die Arbeiter der Eisenhütten, der Koksöfen, der Gruben zc. zc. Der Kohlenoxydvergiftung stehen in ihren schädlichen Wirkungen am Nächsten die Vergiftungen mit Kohlenäure, welche letztere in einer großen Zahl von Betrieben zur Verwendung gelangt. Bierbrauer, Branntweinbrenner, ferner Todtengräber, Brunnen- und Kanalarbeiter, Bergleute, sie alle arbeiten in Betrieben, die Gasgemenge enthalten, welche sich lediglich durch einen bedeutenden Kohlenäuregehalt auszeichnen; die Erscheinungen der Kohlenäureeinathmung kennzeichnen sich durch ihren plötzlich eintretenden Verlauf und sind besonders bei den Brunnenmachern, die oft in alte, lang verschlossen gehaltene Brunnen hinabsteigen müssen, in vielen Fällen sofort tödlich. Der Arbeiter stirzt blitzschnell zusammen und stirbt, wenn er nicht schnell hinübergehoben werden kann, in wenigen Augenblicken. Außer diesen eben besprochenen gibt es noch eine Reihe anderer giftiger Gase, wie Schwefelwasserstoff, Arsenwasserstoff, Phosphorwasserstoffgas, die jedoch den Rahmen unserer Betrachtungen überschreiten.

Gewerbliche Vergiftungen.
Als dritte Kategorie der Berufskrankheiten treten uns die gewerblichen Vergiftungen entgegen, welche in zweifacher Hinsicht das weitgehendste Interesse beanspruchen: Einmal, weil sie an Zahl allen übrigen voranstehen, und vor Allem, weil sie nicht bloß das Leben eines Menschen — besitzenden, der sich mit giftigen Stoffen beschäftigt — gefährden, sondern in vielen Fällen ganze Familien, ja Generationen durchheuchen und vergiften. Hierbei handelt es sich vor Allem um die weibliche Arbeiterin als Trägerin der Frucht, und erschreckend zahlreich sind die Fälle, in denen das ungeborene, wie das neugeborene Kind an demselben Leiden dahinstehen muß, das die Mutter durch ihre Beschäftigung mit giftigen Stoffen befallen hat! „Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet sind die in Rede stehenden Krankheiten für den Nationalökonom von keinem geringeren Interesse als für den Arzt und Hygieniker; wie wichtig es ist, der Frauenarbeit in Fabriken eine strenge Aufsichtszug angebeihen zu lassen, wie bedeutungsvoll, an die Frauen-

arbeit einen verschiedenen Maßstab der Beurteilung zu legen, je nachdem es sich um verheiratete oder unverheiratete, um schwangere oder nicht schwangere Arbeiterinnen handelt, das wird nirgends klarer, als bei der Besprechung gewerblicher Vergiftungen und bei eingehender Untersuchung ihrer Ursachen.“ (Hirt, Soziale Hygiene). Ein weiteres Charakteristikum dieser Vergiftungen ist ihre allmähliche, fast schleichende Entwicklung, die abhängig ist von den Stoffen, die bis zu einem gewissen Quantum in den Organismus eingeführt, resorbiert werden und dann gesundheitschädlich wirken; bei ihnen sind zum Unterschiede von den Inhalationskrankheiten nicht bloß die Athmungsorgane die Eingangspforten für das Gift, sondern auch die Organe der Verdauung und selbst die Haut, die z. B. Quecksilber und Blei aufnimmt und in das Blut überführt.

Dieser verderbliche Einfluß der giftigen Stoffe auf den Organismus äußert sich in hohen Krankheits-, hohen Sterblichkeitsziffern der Arbeiter und Arbeiterinnen selbst, ferner in einer enorm hohen Zahl von Todtgeburten und in einer schlechten Beschaffenheit und mangelnden Widerstandsfähigkeit der Lebendgeborenen. Unter normalen Verhältnissen rechnet man auf 1000 Geborene etwa 33 Todtgeburten, bei Arbeiterinnen, welche während der Schwangerschaft mit Blei, Phosphor, Quecksilber zc. beschäftigt wurden, erhöht sich diese Zahl um das Fünffache d. h. auf 1000 Geburten unter Arbeiterinnen, welche mit Spigenkloppeln, mit der Herstellung von Schweinfurtergrün, von bunten (arsenhaltigen) Papieren, von künstlichen Blumen, ferner von Phosphorstreichholzchen oder in Spiegelabriken beschäftigt wurden, kommen 160—170 Todtgeburten! Die Sterblichkeit der von Bleiarbeiterinnen geborenen Kinder innerhalb des ersten Lebensjahres beträgt 40 Proz. der Geborenen (unter normalen Verhältnissen 18,35 Proz.), bei Spiegelbeleggerinnen sogar 65 Proz.! Man vergegenwärtige sich, was es heißt und bedeuten will, wenn von 300 an einem Tag geborenen Kindern nur 35 oder in den weniger ungünstigen Fällen nur 60 die Aussicht haben, den Beginn des zweiten Lebensjahres zu erleben. „Von der Bedeutsamkeit dieses Prozentsatzes, sagt Hirt, kann man sich einen Begriff machen, wenn man erwägt, daß sogar die Sterblichkeit der von meist schwindfüchtigen Glaschleifern erzeugten Kinder, welche unter den erdenklich schlechtesten Verhältnissen geboren und ernährt werden, weit dahinter zurückbleibt.“ In jüngster Zeit hat Dr. Bruno Schönant eine treffliche Monographie der Fürther Quecksilberpiegelbelage geschrieben und höchst instruktives statistisches Material veröffentlicht; dort kommen auf 56 unter dem Einfluß des Quecksilbers gestorbenen Personen 37 auf Dungenstwindnucht, das sind 71 Prozent der Verstorbenen; im Ganzen litten an Quecksilbervergiftungen von Männern 65,0, von den Frauen 80,0 Prozent.

Doch genug der Zahlen, die alle eine fürchterliche Sprache reden und uns einen Einblick in jene nahezu mörderischen Verhältnisse gestatten; gehen wir dazu über, in kurzem die Betriebe, die darin verarbeiteten Stoffe und ihre schädliche Wirkung zu schildern. Blei und Quecksilber sind, neben Phosphor, Zink und Arsen, die am häufigsten vorkommenden Stoffe, und an ihrer Einwirkung wollen wir das Zustandekommen gewerblicher Vergiftungen näher illustrieren.

Die Bleivergiftung kennzeichnet sich durch die bekannte Kollik, welche in Gestalt heftiger Schmerzen den Unterleib befällt, ferner in einer höchst eigenthümlichen Verfärbung der Haut, in der Bildung des sog. Bleisaumes am Zahnfleisch und zuletzt in der Entziehung der Bleilähmung, welche zumeist die Muskeln

der Arme ergreift. Intensive nervöse Schmerzen am ganzen Körper, speziell an den Beinen, begleiten und folgen obigen Symptomen. Ueberall wo Blei, Bleiweiß und Bleioxyd in der Industrie zur Verwendung gelangen, können die Erscheinungen der Bleivergiftungen auftreten, so bei der Gewinnung des Bleies, der Aufbereitung und Verhüttung der Bleierze, der Schrotfabrikation, bei Anstreichern und Lackieren, in der Strohhutfabrikation, bei Schriftgießern und Anderen!

Die Quecksilbervergiftung befällt vor Allem die Arbeiter in den Spiegelbelegen und führt sie zu chronischem Siechtum; mit der Entzündung der Mundschleimhaut beginnen die Krankheitserscheinungen, das Zahnfleisch schwillt an, wird empfindlich, im Munde entwickelt sich ein pestartiger Geruch, es gesellen sich Fieber, Magen- und Darmkatarrh hinzu, und alle diese erschöpfenden Symptome dauern Monate, ja Jahre an! In den schwereren Fällen treten nervöse Affektionen auf, Zittern am ganzen Körper, wodurch selbst grobe Bewegungen unmöglich gemacht werden, Abnahme der Sprache, Muskel-erkrankungen im Gesicht, den Armen und Beinen, kurzum ein völlig hilfloser und schrecklicher Zustand. Der Charakter der gewerblichen Vergiftungen ist mehr wie jede andere Berufskrankheit ein chronischer, d. h. lang andauernder, und so sprechen aus ihnen Unglück und Elend in den traurigsten Formen hervor: Sie erböden vor Allem die körperliche Fähigkeit zu arbeiten und führen zu der Qual des Siechtums die Pein des Hungers hinzu. Ihre Bedeutung im modernen Industriebetrieb nötigte uns, näher auf sie einzugehen, wenn sie auch ferne von den Krankheiten des Metallgewerbes liegen.

(Fortsetzung folgt.)

Der kommunale Arbeitsnachweis in Köln.

Im November 1892 unterbreitete die Kölner Kartellkommission dem Stadtverordnetenkollegium einen Statuentwurf für einen städtischen Arbeitsnachweis, dem lehten die Stadtverordneten es ab, auf die Sache einzugehen. Die Arbeitslosigkeit in den Jahren 1892 und 1893, sowie die fortgesetzte Agitation für Errichtung des Arbeitsnachweises, wie auch die vom Kartell angenommene Arbeitslosenstatistik führten dazu, daß die Stadtverordneten der Sache näher traten und beschloßen, einen Arbeitsnachweis mit städtischem Zuschuß, geleitet von einem Verein, in's Leben zu rufen. In Folge des energischen Eintretens des Gewerkschaftsrates wurde die vom Stadtrath eingesetzte sozialpolitische Kommission durch Vertreter sämtlicher Arbeiterorganisationen verstärkt, das nachstehende Statut vereinbart und von der Stadtvertretung anerkannt:

Satzungen
für den Vereinsverband einer Allgemeinen Arbeitsnachweisanstalt zu Köln.

§ 1. Die nachfolgenden Vereine und Korporationen in hiesiger Stadt: 1. der Gewerbeverein, 2. der Verein selbständiger Handwerker, 3. der Innungsausschuß, 4. der katholische Gesellenverein, 5. der evangelische Arbeiterverein, 6. die katholischen Arbeitervereine, 7. das Gewerkschaftskartell bilden einen Verband, welcher sich die Aufgabe setzt, durch einseitiges Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer andererseits Arbeit zu vermitteln.

§ 2. In diesem Behufe errichtet der Verband eine Arbeitsnachweisanstalt für Arbeitssuchende beiderlei Geschlechts aus allen Ständen und Berufsarten.

§ 3. Die Vermittelung der Arbeit erfolgt unentgeltlich und zwar in erster Linie für diejenigen Personen, welche in Köln ortsangehörig oder beschäftigungslos geworden sind und in Köln Arbeit suchen.

Für Vermittelung nach auswärts können die notwendigen baaren Auslagen in Anrechnung gebracht werden.

§ 4. Eine Verpflichtung zum Nachweis von Arbeit hat die Arbeitsnachweisanstalt nur insoweit, als Arbeit ausgesetzt ist.

§ 5. Für den Betrieb der Anstalt wird eine besondere Geschäftsordnung aufgestellt, welche einen Bestandteil dieser Satzungen bildet.

nächst aus 9 Arbeitgebern und 9 Arbeitnehmern, nämlich: a) 3 Vertretern (Arbeitgeber) des Gewerbevereins, b) 3 Vertretern (Arbeitgeber) des Vereins selbständiger Handwerker, c) 3 Vertretern (Arbeitgeber) des Innungsausschusses, d) 1 Vertreter (Arbeitnehmer) des katholischen Gesellenvereins, e) 1 Vertreter (Arbeitnehmer) des evangelischen Arbeitervereins, f) 3 Vertretern (Arbeitnehmer) der katholischen Arbeitervereine, g) 4 Vertretern (Arbeitnehmer) des Gewerkschaftsrates. Dieselben sind stimmberechtigt und werden von den einzelnen Verbänden auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Für die gleiche Zahl von Stellvertretern ist Sorge zu tragen.

§ 8. Bei allen Beschlüssen der Verbandsversammlung entscheidet einfache Stimmenmehrheit der anwesenden Vereinsvertreter. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden entscheidend. Zur Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit wenigstens eines Vertreters von jeder als der Hälfte sämtlicher Verbände erforderlich. Bei Aenderung der Satzungen müssen zwei Drittel sämtlicher stimmberechtigter Mitglieder der Verbandsversammlung anwesend sein. Wird wegen Nichterscheinens der genügenden Zahl von Stimmberechtigten eine zweite Versammlung notwendig, so beschließt solche mit einfacher Mehrheit der Erschienenen. Auf Antrag erhalten die Vertreter für jede innerhalb der Arbeitszeit abgehaltene Verbandsversammlung, eine Entschädigung von 4 Mk., wenn die Versammlung mehr als 1/2 Tag und 2 Mk., wenn dieselbe weniger als 1/2 Tag in Anspruch nimmt.

§ 9. Die Verbandsversammlung wählt auf zwei Jahre einen Vorsitzenden, einen Stellvertreter, einen Rechnungsführer und einen Schriftführer. Als Vorsitzende und Stellvertreter können auch Personen gewählt werden, welche nicht als Vertreter der Verbände bestellt sind. In diesem Falle treten sie der Verbandsversammlung als stimmberechtigte Mitglieder bei. Bis zur Wahl von Nachfolgern bleiben der Vorsitzende und die Vertreter in Wirklichkeit. Die Einberufung und Leitung der ersten Verbandsversammlung erfolgt durch einen Vertreter der Gemeinbehörden.

§ 10. Der Vorsitzende der Arbeitsnachweiskommission bedarf der Bestätigung des Bürgermeisters und darf weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein. Er besorgt alle Geschäfte, soweit sie nicht der Verbandsversammlung zugewiesen sind, namentlich ist er zur unmittelbaren Leitung der Allgemeinen Arbeitsnachweisanstalt, sowie zur Ertheilung aller die bezüglich an die Anstaltsbediensteten zu erlassenden Anordnungen allein berechtigt und verpflichtet. Auch überwacht er den Vollzug der Beschlüsse der Verbandsversammlung, bestimmt Ort und Zeit für die Sitzungen der letzteren und legt die Tagesordnung fest gemäß der von der Verbandsversammlung nach Bedürfnis zu erlassenden Geschäftsordnung usw. Auf den schriftlichen Wunsch von einem Drittel der Verbände-Vereine muß der Vorsitzende binnen acht Tagen eine Verbandsversammlung zusammenberufen.

§ 11. Der Beschlußfassung der Verbandsversammlung unterliegen: a) Die Ernennung des Verwalters und der sonst mit dem Betrieb der Allgemeinen Arbeitsnachweisanstalt zu betrauenden Personen, ebenso deren Entlassung. Für den Vorsitzenden bleibt das Recht des sofortigen Glasiretens, falls die rechtzeitige Wahrung des Verbandsinteresses dies erforderlich macht, vorbehalten und hat er in solchem Falle ungestraft die Entscheidung der Verbandsversammlung herbeizuführen. b) Die Verwendung der dem Verbande zustehenden Geldmittel. c) Die Prüfung und Genehmigung der Jahresrechnung über den Betrieb der Allgemeinen Arbeitsnachweisanstalt. d) Die Entlastung des Rechnungsführers nach Beugung der Jahresrechnung. e) Die Feststellung einer Geschäftsordnung für den Betrieb der Allgemeinen Arbeitsnachweisanstalt. f) Die Entscheidung über Wünsche und Beschwerden hinsichtlich des Betriebes der Allgemeinen Arbeitsnachweisanstalt, falls der Vorsitzende solche als nicht begründet zurückgewiesen hat und die Beteiligten sich hierbei nicht beruhigen wollen. g) Die Aenderung dieser Satzungen und der Geschäftsordnungen für die Sitzungen der Verbandsversammlung und für den Betrieb der Allgemeinen Arbeitsnachweisanstalt. h) Die Festsetzung des Tages, mit welchem der Austritt eines Verbandsvereins in Wirksamkeit tritt. Die längste Frist hierfür beträgt ein Jahr vom Tage der Austrittsanzeige an gerechnet. Ueber die Beschlüsse der Verbandsversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen und durch den Vorsitzenden und zwei Verbandsvertreter zu unterzeichnen. i) Die Aufnahme neuer Vereine und Korporationen als Verbandsmitglieder.

§ 12. Die Verbände sind berechtigt, durch ihre zur Verbandsversammlung entsendeten Vertreter zu jeder Zeit von der Art des Betriebes der Allgemeinen Arbeits-

nachweisankalt persönliche Einsicht nehmen und den Inhalt der Bücher einer Durchsicht unterziehen zu lassen. Zu diesem Zwecke werden ihnen besondere Ausweisarten eingehändigt.

§ 13. Die Verbände sind verpflichtet sich: a) ihren Mitgliedern die Benutzung und thätige Unterstützung der Allgemeinen Arbeitsnachweisankalt dringend zu empfehlen; b) sofern die Kosten der Allgemeinen Arbeitsnachweisankalt für ein abgelaufenes Geschäftsjahr den von der Stadt nach dem Etat zu gewährenden jährlichen Beitrag, der auf höchstens 8000 M festgesetzt ist, überschritten haben, in dem auf das betreffende Geschäftsjahr folgenden Monat Juli an den Rechnungsführer einen Beitrag zu entrichten, welcher wie folgt festzusetzen ist: Der den städtischen Beitrag übersteigende Mehrkostenbeitrag ist in so viele Anteile zu zerlegen, als Vertreter der Verbändeversammlung angehört haben und hat jeder Verbandsverein so viele Anteile zu entrichten, als er Vertreter zur Verbändeversammlung zu entsenden berechtigt ist. Der Anteil der Vereine wird aber in der Höhe von 25 M für den Vereinsvertreter jährlich beschränkt.

§ 14. Der Eintritt anderer Vereine und Korporationen in den Verband geschieht durch schriftliche Anzeige bei dem Vorsitzenden, welcher binnen 8 Tagen die Entscheidung der Verbändeversammlung herbeizuführen hat. Auch auswärtige Vereine können in den Verband aufgenommen werden. Die Austrittsanzeige muß ebenfalls schriftlich bei dem Vorsitzenden erfolgen, der hierüber eine Empfangsbekundigung auszustellen hat. Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern muß aber immer das im § 7 vorgezeichnete sein. Die zu dem Zweck nötigen neue Bestimmungen der Statuten der Verbände auf die einzelnen Vereine und Korporationen beschließt die Verbändeversammlung. Der Beschluß bedarf der Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung.

§ 15. Bei Arbeitsvermittlungen und Ausstellungen stellt die Arbeitsnachweisankalt ihre Thätigkeit für das beteiligte Geschäft oder den beteiligten Arbeitszweig ein.

ganze Reihe von Kollegen denutzte, die in der vorherigen Versammlung anwesend waren. Herr Kuerbach habe „andere Maßnahmen“ diesen Arbeitern gegenüber im Wiederholungsfalle in Aussicht gestellt. Das selbe Schauspiel habe er (Redner) selber erfahren müssen. Als er Erhebungen anstellte über die Verhältnisse in der Fabrik, hätten am nächsten Tage bereits Direktion und Meister Alles gewußt, was verhandelt worden wäre. Derartige Vorkommnisse seien tief bedauerlich. Auf die bereits in der vorigen Versammlung gekennzeichneten und illustrierten Lohnreduktionen ging der Referent in sehr eingehender Weise ein und veranschaulichte, in welcher rapiden und raffinierten Weise die Löhne seitens der Direktion reduziert werden. Nicht genug hieran, habe die Firma noch etwas ausgeklügelt, worauf sie eigentlich ein Patent verbitte. Die Säckelöhne sind nämlich pro Hundert berechnet. Die Arbeiter müssen aber nicht 100 Säckel machen, sondern 105 Säckel, weil die Firma sagt: die Arbeiter machen Ausschuß und dieser müsse mit berechnet werden. Nur in zwei Fällen seien die Lohnabzüge etwas gemildert worden, doch werden diese Vergünstigungen illusorisch gemacht durch verlängerte Arbeitszeit. Dies sei überhaupt der allgemeine Krebsbissen. Das trotz der geradezu enormen Lohnabzüge immer noch „Geld verdient“ werde, liege daran, daß die Arbeiter durch größeres Schutzen den Lohnausfall zu decken suchen. Dies sei der rechte Wahrsinn, verkürze die Arbeitslöhne und vergrößere die industrielle Reservearmee immer mehr. Die weiteren Maßnahmen betreffend, legte Redner klar, daß augenblicklich unter den obwaltenden Verhältnissen, angesichts der bevorstehenden Verteilungen in den Spandauer Staats-Werkstätten von einer allgemeinen Aktion nicht die Rede sein könne. Vorläufig müsse man sich darauf beschränken, die Arbeiter der Firma Ludwig Böhme u. Co. noch mehr als bisher aufzurütteln, sie zur Organisation zu veranlassen und den unter ihnen herrschenden Indifferenzismus zu bekämpfen. Des Weiteren kritisierte Redner in gefährlicher Weise die unter dem Druck der Verhältnisse stattfindenden Sammlungen für das Jubiläum und zur Beschaffung einer Bronzestatue von Ludwig Böhme zur Aufstellung im Konfereuzsaal in der Holmannstraße. Meister Kuerbach lasse sich aber hieran nicht genügen. Er sei der Meinung, daß auch das Grab des Herrn Böhme geschmückt werden müsse — auf Kosten der Arbeiter, und veranlasse er zu diesem Zwecke Sammlungen. Die Arbeiter hätten keinerlei Interesse an dem Jubiläum. Für sie seien die verfloffenen 25 Jahre nur eine Periode des Elends, der Noth und der Sorge. Die reiche Firma Ludwig Böhme u. Co. sei wohl in der Lage, die Jubiläumskosten aus ihrer Tasche zu bezahlen. Wegen die Lohnreduktionen, gegen die Sammlungen und gegen die Verkümmern des Koalitionsrechtes müsse die Referent energig Protest erheben. Redner schloß mit der Mahnung zur unerwünschten Arbeit, damit endlich ein besserer Geist in die Arbeiter der Firma Ludwig Böhme u. Co. einziehe. (Großer Beifall.) Um ein kleines Bild von den Abgängen zu ermöglichen, lassen wir hier die Lohnverhältnisse der Schleifer vor und nach dem letzten Abzuge für Lieferungen nach Spanien und Brasilien folgen (pro 105 Säckel): Abzüge, früher 1,75, jetzt 1,50 M. Abzugsbügel früher 6 M., jetzt 4 M. Kammer, früher 7 M., jetzt 6 M. Schloßhaken, früher 5,50 M., jetzt 4 M. Schraubholzschrauber, früher 8 M., jetzt 2,80 M. Hälzen, früher 8,50 M., jetzt 2,50 M. Sicherungen, früher 1,75 M., jetzt 1,30 M. Rappen, früher 4 M., jetzt 3 M. Schloßhalter, früher 3 M., jetzt 2,45 M. Unterringe, früher 2,50 M., jetzt 1,90 M. Oerringe, früher 2,25 M., jetzt 1,70 M. Zubringer, früher 3 M., jetzt 2,30 M. Wenn man bedenkt, daß bei der deutschen Lieferung die Kammer mit 15 M., die Abzugsbügel mit 22 M., die Hälzen mit 8 M., die Schloßhaken mit 10 M. bezahlt worden sind (pro Hundert), kann man die obigen Löhne in ihrer wahren Bedeutung ermessen. Die Firma zahlt 18 Prozent Dividende! In der darauffolgenden Diskussion folgte Hofmann, mit welcher geradegu herausforderndem Raffinement den Arbeitern von dem zum Monopol gewordenen Böhme'schen Kapital Böhme diktiert worden. Als den Kaufleuten, die heute pro Kauf 5 und 6 M erhalten, ein für Kauf die Preise von 10 auf 8 M reduziert werden sollten, letztere aber durch mannhafte Auftreten den Abzug verhinderten, rief man seitens der Direktion säkmalige Inspektionen (Direktoren und Inspektoren hütgl. und privater Fabriken) zusammen, um den Arbeitern aus dem Munde dieser Fabrikleitungen die Erklärung in's Gesicht zu schleudern: Daß, so bald sie nun zu dem von der Firma gestellten Preise nicht arbeiten wollen, diese Fabrikleitungen sich verpflichten, je 2 Kaufrichter der Firma Böhme zu überweisen und daß andernfalls keiner der Böhme'schen Kaufrichter in irgend einer der vorstehenden Fa-

briken je Arbeit bekomme. Das Mittel fruchtete, die Firma hatte den 20prozentigen Abzug ohne Weiteres bewirkt. Die Kosten der veränderten Fabrikationsweise blüde man dem Arbeiter gleichfalls auf; so seien, weil in letzter Zeit in der Abtheilung bei verschiedenen Operationen zusammengezogen wurden, 5 Kollegen (Beller) in 18 Arbeitstagen mit 85 M entlohnt worden; dazu verbrauchten diese Kollegen in 14 Tagen oben drein noch für 4-8 M Werkzeug. Auf die Kompetenz der Meister im Lohnbestimmen wirft ein sehr schlechtes Licht, daß, wie z. B. in der Abtheilung Schloßhalter, der Schreiber ohne Weiteres die Akkordgröße bestimmt. Zu dem bevorstehenden Jubiläum wählten sich die Kollegen in's Gedächtnis rufen, daß bei den im letzten Herbst erfolgten Entlassungen ein Kollege (wohl aus Furcht vor Entlassung und deren Schrecknissen, die er mit seiner Familie schon zwei Mal durchgekostet) irrsinnig von der Arbeitsstätte weggebracht werden mußte. Kommerau glaube betlagen zu müssen, daß es zumest an den Werkzeugmachern und besser besoldeten Deuten liege, wenn geplante Aktionen unwirksam verlaufen, da gerade diese sich nie bemüht hätten, sich mit den gesammten Kollegen solidarisch zu erklären. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung protestirt gang entschieden gegen die jetzigen Sammlungen zum 25jährigen Jubiläum der Firma Ludwig Böhme u. Co. Die Versammlung erachtet die Nothwendigkeit, sich der Organisation anzuschließen, um den ferneren Abgängen einen festen Damm entgegenzustellen.“ Zum Schluß wies der Referent noch auf die Nothwendigkeit des öffentlichen Fonds hin und erwähnte, in allen Werkstätten Sammlungen zu veranlassen, nicht aber solchen entgegenzutreten.

Burg. In der am 18. November abgehaltenen Mitgliederversammlung der hiesigen Filiale sprach Genosse Gärtner aus Budau in 1 1/2 stündigem Vortrage über das Koalitionsrecht der Arbeiter. Derselbe legte der Versammlung klar, wie schon vor über hundert Jahren die Arbeiter bestrebt gewesen seien, ihre Rechte durch Organisationen zu wahren, obgleich sich schon damals Gegner in Masse fanden; selbst Regierungsorgane erließen Gesetze, in denen den Arbeitern die Vereinigung zur Wahrung ihrer Interessen durch Geld- und Gefängnisstrafe verboten wurde. Die ersten Kämpfe fanden in England statt, wo, als durch die ersten Maschinen die Arbeitskraft vieler Arbeiter überflüssig wurde, dieselben sich vor die Alternative gestellt sahen, entweder ihre Existenz aufzugeben oder sich ihre Vereinigung zu erhalten. Englands Arbeiter mußten sich damals oft sogar heimlich im Freien versammeln, doch erhielten sie endlich nach fortwährenden Kämpfen im Jahre 1824 das Koalitionsrecht. Was nun uns Arbeiter in Deutschland betrifft, wurde uns dieses Recht zu Anfang der sechziger Jahre gegeben, doch handhaben es die einzelnen Behörden nach Gutdünken. Die Unternehmer haben volle Freiheit, die Arbeiter wehnen schon bei Androhung des Straßestrafens und dieser selbst als politische Aktion erklärt, und der Grobeinfuhrparagrah hilft fast überall aus. Nachdem noch ein Redner sich mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden erklärte und Genosse Gärtner zur regen Agitation für den D. M. V. aufgebort hatte, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den D. M. V. beschlossen.

Büdeladorf b. Mendenburg. In Nr. 47 dieser Zeitung befindet sich ein Artikel aus Mendenburg, der sich mit der Aktiengesellschaft Carlshütte hieselbst beschäftigt. Es ist nicht meine Absicht, auf den ganzen Artikel einzugehen, nur halte ich es für meine Pflicht, eine Richtigstellung ergeben zu lassen, soweit in demselben von dem Schriftmeister die Rede ist, umsonst, da die Angriffe auf denselben aus dem Hinterhalte, d. h. nachdem der Artikelschreiber, der die mehrer Auftragsgeber — denn geschrieben hat er ihn wohl kaum selbst — abgezielt war. Der betr. Schriftmeister, welchen Schreiber dieses seit 22 Jahren kennt, erheut sich unter seinen Kollegen und sonstigen Freunden der größten Beliebtheit und hat es unter diesen die größte Unterstützung hervorgerufen, wie über einen solchen Mann Derartiges geschrieben werden kann; denn, wenn auch in dem Artikel kein Name genannt ist, so weiß doch jeder seiner Kollegen, wer damit gemeint ist. Wenn der Artikelschreiber behauptet, 3-5 weniger erhalten zu haben, als der Schriftmeister, so kann darauf entgegnet werden, daß es wohl auf jedem derartigen Werk allgemein Gebrauch ist, daß ein Schriftmeister etwas höher im Lohn steht, als der Gehilfe. Wenn nun aber der Gehilfe öfter fehlt und der Schriftmeister sich ohne denselben befehlen muß, so kann doch kein Mensch verlangen, daß der Gehilfe die Feststunden mit entschädigt erhält. Auch ist ein Schriftmeister nicht berechtigt, seinen Gehilfen, wie in dem Artikel behauptet wird, den Stuhl vor die Thüre zu setzen, das würden die Direktion — die Werkmeister einfach nicht dulden, denn diese behalten sich das Recht der Entlassung über Entlassung

unter allen Umständen vor. Dies zur Steuer der Wahrheit. G. Höhle.

Darmstadt. Die am 17. November stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Beschluß der hiesigen Kollegen, den Beitrag von 15 auf 20 M zu erhöhen. Nach einer längeren Diskussion, an der sich mehrere Kollegen beteiligten, wurde von dem Bevollmächtigten darauf aufmerksam gemacht, daß die in dem Artikel der hiesigen Kollegen angegebenen Zahlen in Bezug auf Meiseunterstützung, Agitation usw. gar nicht mit dem Verwaltungsbericht, welcher vom Vorstand herausgegeben ist, stimmen, und sprach derselbe sein Bedauern darüber aus, daß man bei solchen Beschläüssen sich nicht an die vom Vorstand herausgegebenen Berichte hält. (Auf die Sache hat der Fehler gar keinen Einfluß. Red.) Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute am 17. November stattfindende Mitgliederversammlung der hiesigen Darmstadt spricht sich aus folgenden Gründen gegen den hiesigen Beschluß aus: 1. Würde bei Erhöhung der Beiträge auf 20 M ein großer Theil der älteren und verheiratheten Kollegen aus dem Verband austreten, weil es denselben jetzt schon schwer fällt, 15 M zu zahlen. 2. Würden bei Erhöhung der Meiseunterstützung (ist von hiesigen gar nicht beantragt! Red.) auch viel weniger jüngere Kollegen dem Verbands beitreten und würde dadurch der Mitgliederbestand sehr weit zurückgehen. 3. Würde durch die Einführung des Unterstützungswesens, wie es aus dem hiesigen Beschluß hervorgeht, der Verband seinen Zweck als Kampforganisation verlieren und zu einer Unterstützungskasse ganz herabsinken. Jedoch ist die Versammlung mit einer Erhöhung der Beiträge bis zu 20 M einverstanden, wenn es unbedingt notwendig ist, dann ist aber die Meiseunterstützung beizubehalten.“

Stellingen. Eine am 18. November in der Restauration zum „Reichshaber“ dahier stattgefundene Metallarbeiterversammlung beschloß die Gründung einer Zählstelle des D. M. V. Dem Verein traten sogleich 85 Mann als Mitglieder bei und steht zu hoffen, daß durch rege Agitation eine Mitgliederzahl erreicht wird, die im Stande ist, die Aufgaben, die sich die Organisation stellt, zu erfüllen.

Hannau. Am 17. November tagte eine Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: 1. Agitation. 2. Weihnachtstest. 3. Die Vorkommnisse bei den Gewerbetagewahlen. 4. Verschiedenes. Punkt 1 wurde dahin erledigt, daß in Großhauheim eine Versammlung abgehalten werden soll zwecks Gründung einer Zählstelle. Der Tag wurde der Ortsverwaltung überlassen. Dann wurde beschlossen, die diesjährige Weihnachtstest wie sonst zu feiern. In das Komitee wurden gewählt: R. Schlicher, Vogel, Merg, Hieronch, G. Schlicher, Ubrich, Bayer, Dieckert und Han. Hierauf schilderte der Bevollmächtigte die Vorkommnisse bei den am 5. November stattgefundenen Gewerbetagewahlen. In der am 31. Oktober abgehaltenen öffentlichen Versammlung wurden zwei Listen für Kandidaten vorgelegt, eine von den Gewerkschaften durch das Gewerkschaftskarteil, eine von der politischen Organisation. In dieser Versammlung wurde man dahin einig, daß von jeder Liste sechs Mann gewählt werden und die anderen sechs als Kandidaten auf eine Liste kommen; hierzu wurde eine Kommission bestimmt. So weit war der Verlauf der Sache ein guter, jedoch sollte es anders kommen. Die politische Organisation resp. deren Leiter sahen sich durch das Vorgehen der Gewerkschaften zurückgesetzt, sie konnten nicht ruhig zusehen, daß diese Kandidaten gewählt werden, und sie leisteten sich daher Folgendes: Als die gedruckten Stimmzettel kamen, nahmen sie etwa 200 Stück, änderten sie derart ab, daß die Kandidaten der Gewerkschaften durchstrichen und ihre eigenen Namen hineingeschrieben. Und mit demartigem Material begaben sie sich Sonntags auf's Land und agitierten. Die Versammlung sprach ihre Mißbilligung über dieses Vorgehen aus und schloß sich den Beschlüssen der öffentlichen Versammlung an, in welcher Protest dagegen erhoben wurde.

Wilmshausen. Vor einiger Zeit waren bei der hiesigen Firma Krull (Maschinenfabrik) 18 Pfund Seife spurlos verschwunden; Herr R. hatte nicht's Giltigeres zu thun, als sofort säkmalige Bekehrungen zu entlassen, da er vermuthete, daß diese den Thäter kannten und es nicht auslagern wollten. Herr R. wollte noch obenrein bei den Arbeitern Revision vornehmen lassen. Als sich jedoch einer der Arbeiter den Muth nahm, gegen dieses Vorgehen Einspruch zu erheben, ihn ferner darauf aufmerksam machte, daß die Seife auch eingetrocknet sein könnte, was auch thatsächlich der Fall war, hat Herr R. von seiner Maßregel Abstand genommen und schleunigst seine Bekehrung wieder geholt. Ueberhaupt steht es nicht besonders gut in dieser Bude aus, wo annähernd 40 Mann beschäftigt sind. Nur 3 davon sind im Verband. Wenn Herr R. wenigstens noch einen auskömmlichen Lohn

Korrespondenzen.

Metall-Arbeiter.

Berlin. Eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Filialen Nord und West des Deutschen Metallarbeiterverbandes tagte am 19. November in Reichert's Festhale. In Folge verspäteten Erscheinens der Referentin (Frau Jhrer) wurde Punkt 2 der Tagesordnung: Die Lohnreduktion bei der Firma Böhme & Co. zuerst verhandelt. Kollege Hofmann erstattete darüber eingehenden Bericht. Alsdann behandelte Frau Jhrer in 30. 1 1/2 stündigem Vortrage das Thema: Schicksalsglaube in alter und neuer Zeit. Die durchaus interessanten Ausführungen deckten sich dahin, daß der Glaube an Vorbestimmung und Schicksal in der Menschheit ein stets sich verändernder gewesen und für den Proletariat heute dahin zu deuten ist, daß sein Schicksal das stets mächtigere werdende Kapital bestimmt. Dieses Schicksal zu meistern sei nun unsere erste Aufgabe, die wir allein nur durch starke gewerkschaftliche Organisationen lösen werden. Rednerin endete damit, daß es unsere, der Männer nächstliegende Sorge sein müsse, nun vornehmlich die Frauen mit zur Organisation heranzuziehen. Reichert Beifall lohnte die Vortragende. Die darauf folgende Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats und beteiligten sich daran die Kollegen Beutler und Hoffmann. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute in Reichert's Festhale tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referentin voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß vor allen Dingen die Frauen zur Organisation herangezogen werden, um dadurch unserem Ziele einen Schritt näher zu kommen.“

Berlin. Die Arbeiter der Firma A. Böhme u. Co. waren von dem Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter, Otto Näther, am 21. Nov. zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen worden, die unter äußerst zahlreicher Theilnahme im Reichert'schen Saale stattfand. Zur Tagesordnung stand: Die Stellung der Arbeiter der Firma Ludwig Böhme u. Co. zu den Lohnreduktionen und die Sammlungen zum 25jährigen Jubiläum, worüber Näther referirte. Der Meister Herr Kuerbach war zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen, jedoch nicht erschienen. Der Referent entwarf zunächst ein — allerdings sehr unerfreuliches — Bild von dem auf Grund des vorhergegangenen Versammlungsbeschlusses gemachten Erhebungen. Als besonders unerfreulich bezeichnete Redner die Thatsache, daß in der elektrotechnischen Werkstätte des Herrn Kuerbach sich ein „Auch-Kollege“ gefunden habe, welcher seine Neigung zum Denunziantentum dadurch dokumentirt habe, daß er Herrn Kuerbach eine

zahlte, im Allgemeinen zahlt er aber nur 10, auch nur 12 M die Woche. Und bei diesem Lohn müssen sich die Arbeiter so etwas gefallen lassen. Wären wir gut organisiert, so könnten wir Herrn K. anders gegenüber treten. Darum rufe ich allen Kollegen und hauptsächlich in dieser Bude zu: organisiert Euch und besucht besser die Versammlungen.

Kiel. Aufruf an die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Kollege! Bei der in den letzten Monaten sich immer mehr bemerkbar machenden Bauheit — schlechter Besuch der Versammlungen, unpünktliche Bezahlung der Beiträge und Nachlässigkeit in der Agitation unter den Mitgliedern hier am Orte, ist es unverkennbar, daß wir mit unserer Organisation nicht nur nicht vorwärts, sondern im Gegenteil sehr stark rückwärts gehen, so daß der Zeitpunkt einer vollständigen Verfassung, wenn nicht gänzliche Auflösung der Metallarbeiterorganisation in Kiel, welche vor noch nicht langer Zeit in der schönsten Blüte stand und zu den besten Hoffnungen berechtigete, in der letzten Zeit sehr nahe gerückt scheint. Die Unachtsamkeit der Kieler Kollegen scheint eine permanente geworden zu sein, alle Aufforderungen in den Anzeigen, die interessantesten Vorträge, Diskussionen und Vorlesungen über technische und andere Themen sind vollständig wirkungslos, sodaß man schließlich glauben muß, die Kieler Kollegen befinden sich bereits auf solch hohem geistigen Niveau, das den Besuch von Versammlungen, in welchen alle nur möglichen Dinge zur Diskussion gelangen, überflüssig erscheinen läßt. Unseres Erachtens nach ließe sich aber sehr darüber streiten. Sollte es denn nicht einem Jeden möglich sein, alle 14 Tage einen Abend seiner Organisation zu opfern? Nach den heftigen Verhältnissen ist es Jedem möglich! Und trotz aller Anstrengungen seitens der Ortsverwaltung wird der Besuch der Versammlungen immer spärlicher. Daß es nicht möglich ist, in jeder Versammlung es Jedem recht zu machen, ist einleuchtend, die Versammlungen finden aber alle 14 Tage mit stets wechselnder Tagesordnung statt, so daß Jedem Rechnung getragen wird. Noch einschneidender ist ferner, daß alle diese Veranstaltungen nicht nur den einzelnen Mitgliedern, welche sich so weit herangebildet, Vorträge, Vorlesungen etc. halten zu können, sondern auch der Verwaltung Zeit und Mühe, Arbeit und Geldkosten verursachen. Es wird doch wohl Niemand verlangen können, daß alle diese Opfer für die in Versammlungslokale vorhandenen Tische und Stühle gebracht werden sollen! Die Kieler Kollegen sollten sich doch endlich aufrufen und mehr an ihre Klassenlage denken, denn es werden die Vorstände dieses Jahres hier am Orte wohl noch Jedermann erinnernlich sein, welche wiederum recht deutlich gezeigt haben, wie das konzentrierte Kapital mit den Arbeitern umspringt. Wären die Kieler Arbeiter nur zu 1/2 organisiert gewesen, so hätte man dergleichen nicht gewagt! Dessen ungeachtet ein Jeder Arbeiter und in erster Linie organisierte Arbeiter, eingedenk sein. Der organisierte Arbeiter ist verpflichtet, in Fühlung mit der Organisation zu bleiben und dieser Verpflichtung kommt er nach durch den Besuch der Mitgliederversammlungen und regelmäßige Entrichtung der Beiträge. Was das Letztere anbetrifft, so ist es theilweise ersichtlich, welchen Gebuldsproben sich die Ortsverwaltung bei einzelnen Mitgliedern zu unterziehen hat. Nicht nur Monate, nein, halbe Jahre bleiben Einzelne mit ihren Beiträgen im Rückstande. Das Verbandsorgan, die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“, nehmen dieselben aber regelmäßig in Empfang. Eine Streichung solcher, meistens schon aller Mitglieder, ist nicht immer am Plage, aber ein solcher Zustand ist auf die Dauer unerträglich und auch unhaltbar. Bei über 500 Mitgliedern sind höchstens 300 zahlende. Würde dieses Zugeständnis auch eine Blöße für die hiesige Verwaltung enthalten, die Ursachen sind trotzdem nur auf die Bauheit und beispiellose Gleichgültigkeit der Mitglieder zurückzuführen. Es ist die höchste Zeit, den hiesigen Kollegen in's Gedächtnis zu rufen, daß hier am Orte eine Metallarbeiterorganisation besteht, daß sie verpflichtet sind, dieselbe hochzuhalten und ihren Verpflichtungen gegenüber nachzukommen, damit diesem unelblichen Zustand ein Ende gemacht wird! Die vierteljährigen Abrechnungen zeigen uns mit erschreckender Deutlichkeit, daß hier eine Neu-

berung eintreten muß, wenigstens wäre es sehr am Plage, wenn diejenigen Kollegen, welche mit ihren Beiträgen so lange rückständig sind, die Zeitung nicht mehr annehmen würden, um so der Verwaltung nicht nur die Kosten des Blattes selbst, sondern auch dessen Kolportage u. s. w. zu ersparen. Ein diesbezüglicher Beschluß der Vorstandssitzung vom 24. November ds. Js. lautet dahingehend: Denjenigen Mitgliedern, welche über 8 Wochen mit ihren Beiträgen rückständig sind, die Zeitung nicht mehr zu verabsorgen. Wir richten aus allen diesen oben angeführten Gründen an die Kieler Kollegen das dringende Ersuchen, mehr wie in letzter Zeit, und zwar in jeder Form, auf dem Boden des Klassenkampfes zu verhalten, die Solidarität hochzuhalten, ihren Pflichten gegen die Organisation stets voll und ganz eingedenk zu sein, damit wir für die schweren Kämpfe, welche uns unabweislich bevorstehen, gewappnet dastehen.

Die Ortsverwaltung:
W. Schilder, Bevollmächtigter.
Offenbach a. M. Am Montag, den 19. November, fand die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zählstelle statt, in der Kollege Drb einen Vortrag über „Trusts und Ringe“ hielt. Der Referent erledigte sich seiner Aufgabe mit großem Geschick. In der Diskussion wurden zwei Resolutionen angenommen; die erste erkennt die auf dem Parteitage gefasste Schippel'sche Resolution an, die zweite forderte zu reger Agitation auf. Zum zweiten Punkt: „Die Verhältnisse in der Gießerei Friedebogen u. Co.“ erklärte der Vorsitzende, daß es am vergangenen Mittwoch der Ortsverwaltung gemeldet worden, daß in genannter Gießerei den Formern angekündigt wurde, daß sie vom nächsten Tage ab 100 Kilo um 50 J billiger gießen müßten. Man habe sofort mit den 8 dort beschäftigten Formern eine Besprechung abgehalten, in der ein von sämtlichen Formern unterschriebenes Schreiben an die Firma abgefaßt wurde, welches man am anderen Morgen überreichte. Das hatte zur Folge, daß die angekündigte Reduktion auf acht Tage verschoben wurde, mit der Bemerkung, die Formern sollten es probieren billiger zu arbeiten, auch wolle man nicht an allen Stücken abziehen, sondern nur an den schwereren. Am darauffolgenden Samstag mußte nun Kollege Beschleiner, der den Brief überreichte, sowie Kollege Kose, der an der Unterhandlung sich theilhaftig hatte, abgehen und Feierabend machen, was natürlich nichts Anderes als eine Maßregelung war. Da die Formern der betreffenden Gießerei in ihrer Mehrzahl Mitglieder des Former-Verbandes sind, wurde Sonntags früh eine gemeinschaftliche Sitzung mit ihnen abgehalten, und haben sie in gemeinsamer Abstimmung einstimmig beschlossen, daß, wenn die beiden Gemäßregelten nicht wieder eingestellt und die Reduktion nicht gänzlich zurückgenommen werde, sie bereit seien, ebenfalls die Arbeit niederzulegen. Dieser Beschluß wurde der Firma wiederum schriftlich mitgeteilt, worauf die Gemäßregelten am Dienstag früh wieder anfangen konnten und die Reduktion gänzlich zurückgenommen wurde. Der Vorsitzende bemerkte gleichzeitig, daß die Sperre bis auf Weiteres verhängt bleibe und der Zugang strengstens fern zu halten sei. Unter Berücksichtigung der Angelegenheiten wurde beschlossen, für die Zentralherberge eine schwarze Holztafel anfertigen zu lassen, auf welcher die jeweils gesperrten Orte angezeichnet werden sollen. Dieses Vorgehen soll auch den in den Bezirken Hessen, Hessen-Rhassau und Frankfurt a. M. befindlichen Reiseunterstützungszahlstellen zur Nachahmung empfohlen werden. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Kathenow. (Sektion der Brillen- und Binocularearbeiter.) Die Sektion hielt am 9. November eine öffentliche Versammlung ab, um die Nothwendigkeit einer Lohnbewegung und die hierzu erforderlichen Schritte zu besprechen. Nach vorausgegangenem Bericht an den Vorstand war von diesem der Genosse Genstirch aus Hannover nach hier beordert, um die Verhältnisse zu untersuchen. Derselbe überzeugte sich persönlich von den hiesigen Zuständen und fand, daß der abgefaßte Bericht vollkommen der Wahrheit entsprach. Im Laufe der Versammlung nahm Genosse Genstirch das Wort; der Erschienere setzte in kräftigen Worten auseinander, wie nothwendig es sei, einmal Schritte zu thun, der immer mehr zunehmenden Verumpfung dieser Industrie endlich Einhalt zu gebieten. Er legte zunächst klar, wie die Großunternehmer den großen Konkurrenzkampf in's Leben gerufen. Die Folge davon war ein Sinken der Böhne, erst langsam, dann schneller und immer schneller, bis in den letzten Jahren nicht ein Mal, sondern wiederholt Abfälle stattfanden, so daß sich der Afford von 12-15 pro Duzend mit der Zeit auf 2-2,25 reduzierte. Das Sinken der Böhne bedingte nun eine Ausdehnung der Arbeitszeit von der sonst 11stündigen auf eine 13-16stündige, ja, selbst noch darüber

hinaus, und erscheint es nun ernstlich an der Zeit, der Sache endlich einmal Halt zu gebieten. Die Lohnkommission hatte nun einen Minimaltarif ausgearbeitet, durch welchen die zu fordernden Affordsätze festgestellt waren. Bestenfalls, um nur wenigstens eine Grundlage zu schaffen, sehr bescheidener Natur, und hoffen wir in Folge dessen eine Einigung auf möglichst glücklichen Wege zu erreichen. Bis jetzt sind schon von vielen Seiten Bewilligungen erfolgt; es werden noch in 13 Werkstätten Differenzen verbleiben, jedoch hoffen wir auch hier noch eine Einigung zu erzielen.

Regensburg. Die hiesige Zählstelle hielt am 17. November ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in welcher der Hauptpunkt „Stellungnahme zur Beitrags-erhöhung“ war. Dieser Punkt wurde einer eingehenden Diskussion unterzogen und gelangte eine Resolution zur Annahme, worin es als undurchführbar erklärt wird, in industriearmen Gegenden den Beitrag von 15 auf 20 J zu erhöhen. Die Folge davon würde sein, daß die Mehrzahl der Kollegen dem Verbands den Rücken kehren würde, statt demselben einen weiteren Zuwachs zu verschaffen. Im weitgehendsten Falle schließt sich die hiesige Zählstelle den Ausführungen des Kollegen Großberger an.

Stettin. Kombinierte Mitglieder-Versammlung am 24. November im Krystallpalast. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Anbieten des verstorbenen Kollegen Weiser durch Erheben von den Sigen geehrt. Die erste Abrechnung vom Gütstrower Streik ergab 125 M Einnahme, was von den Revisoren bestätigt wurde. Die gesammelten und abgefaßten Gelder vertheilten sich auf folgende Werkstellen: Sammelstelle Nr. 1 bei Stöwer 15,40, Nr. 2 Stöwer 12,65, dieselbe Nr. 2 bei Solkow 1,60, Nr. 3 Schwarz 8,80, Nr. 4 Stöwer 12,05, Nr. 5 Wulken 18, Nr. 6 Zählstelle Zentrum 20,80, Nr. 7 Stöwer 8,10, Nr. 8 Stöwer 15,20, Nr. 9 Stöwer 17,40. Nach kurzer Bemerkung des Bevollmächtigten, daß die Gütstrower Kollegen tapfer weiterkämpfen (jetzt ist der Streik zu Ende), wurde einstimmig beschlossen, dieselben fernerhin zu unterstützen. Bei diesem Streik sind es wieder die Gewerbetreibenden, welche den Streikenden in den Rücken fallen und Streikbrecher stellen. Die Angelegenheit Kohlund wurde in heftiger Auseinandersetzung erledigt. In die Meißelbauauszahlungskommission wurde Kollege Gd gewählt. Am dritten Weihnachtstertage findet im Krystallpalast ein Vergnügen, aber nur für Mitglieder statt. Ein hierzu gewähltes Komitee hat das Nähere zu veranlassen. Zum Schluß warnte der Bevollmächtigte vor dem früheren Bevollmächtigten der Danziger Zählstelle (Wüller), derselbe hat noch Verbandsgebühren abzuliefern.

Thorn. Am 4. November hielt die hiesige Filiale ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, die aber leider nicht sehr zahlreich besucht war. Fragt man aber, woher der schlechte Versammlungsbesuch kommt, so muß man sich fragen: von der Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit der Mitglieder dem Verband gegenüber. Den geringsten Zwischenschritt benutzen solche säumige Mitglieder als Vorwand, um sich von der Versammlung zu drücken. Trotzdem die hiesigen Metallarbeiter sehen, wie hunderte ihrer Kollegen auf's Straßenspflaster geworfen werden, wie täglich Maßregelungen und dergleichen vorkommen, sehen sie sich dennoch nicht veranlaßt, für ihre und der Gesamtheit Interessen, für eine wirksame Agitation einzutreten, im Gegentheil, deraartige Vorfälle sind solch lauen Mitgliedern willkommenen Gelegenheiten, um sich so nach und nach von der ganzen Sache zu drücken. Kollegen, wann kommt Ihr zur Einsicht? Wie lange wollt Ihr den Pantoffel, mit dem man Euch tritt, die Krute, mit der man Euch peitscht, noch lassen? Wacht auf aus Eurer lethargie und wahrt in Zukunft Eure Interessen besser als bisher. Hat der Eine oder Andere gegen die bisherigen Versammlungen etwas auszusagen bezüglich der Zeitung desselben oder der dazwischen gepflogenen Debatten, so komme er in die nächste Versammlung und bringe seine Beschwerde vor. An der Ortsverwaltung soll es nicht liegen, wenn die Mitglieder etwa glauben, daß ihnen nicht genug geboten wird. Bloss in dieser Beziehung Vorschläge machen, und sind dieselben geeignet das Gedeihen der Filiale zu fördern, so wird die Ortsverwaltung für die Ausführung derselben Sorge tragen.

Witten. Am 25. November hielt die hiesige Verwaltungsstelle des D. M. V. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nachdem der geschäftliche Theil erledigt war, mußte der Vortrag: Die Gewerbeordnung und welches Recht bietet sie den Arbeitern? wegen zu schwachen Besuchs zurückgestellt werden. Es wurde beschlossen, in der nächsten Versammlung, welche am 9. Dezember stattfindet, dieses Thema nochmals auf die Tagesordnung zu setzen. Damit nun der Besuch ein zahlreicherer werde, soll die Reklametrommel geschlagen werden, auf daß

jeder Kollege, gleichviel welcher Organisation er angehöre, davon in Kenntniß gesetzt wird. Sodann kam die geplante Metallarbeiter-Konferenz zur Sprache. Wenn in der Versammlung vom 11. November in Dortmund hervorgehoben wurde, daß in Essen niedergelagerte Komitee habe sich nicht bewährt, so zeuge das von Unkenntniß; man brauche nur Einzelnes herauszugreifen. Wir fragen, wer hat denn die Verwaltungsstelle in Bochum gegründet? Welche Leute waren es, die versuchten in Mindinghausen und Annen das Gleiche zu thun? Hier wäre die Verwaltungsstelle zu Stande gekommen, wenn die Herren Amtmann Fries und der Betriebschef des Krupp'schen Stahlwerks Abse ihre Hände dabei aus dem Spiele gelassen hätten. Also trifft das Erwähnte nicht zu. Es wurde daher beschlossen, diesen Punkt ebenfalls auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Auch soll beim Hauptvorstand angefragt werden, welche Stellung derselbe der geplanten Konferenz gegenüber einnimmt.

Zinnigleher.
München. Den Kollegen allerorts diene zur Kenntniß, daß am 17. November eine außerordentliche Generalversammlung abgehalten wurde zu dem Zwecke, einen bindenden Beschluß zu fassen über unsere künftige Stellungnahme zum Deutschen Metallarbeiter-Verband. Nach einem ausgezechneten Referate des Genossen S. Wittl über „Lokale Organisation und Zentralisation“ und daran sich anschließende Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige außerordentliche Generalversammlung des Fachvereins der Zinnigleher erkennt eine Zentralorganisation als das Zweckmäßigste, nimmt aber in Rücksicht auf die gegenwärtige politische Lage davon Abstand, sofort dem Zentralverband beizutreten, wird aber, wenn sich die hochgehende See der Politik gelegt hat, demselben sofort beitreten.“

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.
Da jetzt wieder die Neuwahlen für die Ortsverwaltungen stattfinden (§ 14 Abs. 2 des Statuts), bitten wir uns die Adressen der Neugewählten so zeitig mitzutheilen, daß wir sie noch in das Adressenverzeichnis pro Januar 1895 aufnehmen können. Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß die neu gewählte Ortsverwaltung erst am 1. Januar 1895 in Funktion tritt und daß die Aufstellung der Abrechnung für das IV. Quartal 1894 noch Sache der bisherigen Ortsverwaltung ist.

Bis zum 2. Dezember hatten nachstehende Verwaltungen, Vertrauensmänner resp. Bevollmächtigte die Abrechnung vom 2. Quartal nicht eingekandt und ergeht an diese unter Hinweis auf § 14 Abs. 3 des Statuts das Ersuchen, dies umgehend zu thun.

1. **Verwaltungsstellen.**
Brühl b. Köln a. Rh., Cella, Essen (Sektion der Klempner), Helmstedt, Hersfeld b. Kall, Bahr, Nürnberg (Sektion der Heizzeugindustrie), Solingen, Sommerfeld, Sorau N.-P.

2. **Vertrauensmänner:**
Bernburg, Bagerdorf, Sarsfeld, Trier.

3. **Bevollmächtigte:**
Hohenstein-Ernstthal, Leipzig-Gld.

Abrechnungen des 3. Quartals stehen trotz wiederholter Mahnung noch aus:

1. **Verwaltungsstellen.**
Alfeld an der Leine, Apentade, Baden-Baden, Bayreuth, Bieber bei Offenbach, Bielefeld, Bries, Bromberg, Brühl b. Köln a. Rh., Camen i. W., Cassel, Cella, Köln a. Rh., Dersendorf b. Düsseldorf, Duisburg, GutsMuths, Erfurt, Erlangen, Essen, allgem. und Klempner, Gassen N.-P., Glöckstadt, Hagen, Hannover (Schmiede), Hahnau, Helmstedt, Hersfeld, Jena, Jersohn, Kall b. Köln a. Rh., Lahr, Beer, Vöhring, Malchow i. M., Mühlheim a. Ruhr, Mühlthier i. W., Nürnberg (Mechaniker und Heizzeugindustrie), Paderborn, Posen, Romscheid, Rosenheim, Stegen, Solingen, Sommerfeld, Sorau N.-P., Speyer, Suhl Schkeuditz, Schningling-Doos, Stuttgart, Thorn, Uelzen, Wiesbaden, Wismar.

2. **Vertrauensmänner.**
Altwasser, Bernburg, Bagerdorf, Mustau und Umgegend, Neuwied a. Rh., Sarsfeld, Trier.

3. **Bevollmächtigte.**
Aue i. S., Gabeln, Hilbersdorf, Hohenstein-Ernstthal, Leipzig (Gld und Nord), Meisen, Neumark i. Bgl., Rabenberg, Zwickau.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:
Nr. 22854 des Schlossers Karl Benz, geb. zu Märzdorf am 26. März 1853, 93693 des Richard Brück, geb. zu Torgelow am 5. April 1878.
Im Anschluß hieran machen wir bekannt, daß es in letzter Zeit mehrfach vorgekommen ist, daß für verlorene Mitgliedsbücher Ersatz verlangt worden ist und diese, nachdem sie ausgestellt und an Ort und Stelle gesandt waren, von den Bestellern nicht abgeholt wurden. Ebenso werden mitunter Ersatzmitglieds-

bücher bestellt, ohne daß genügende Angaben, die eine Kontrolle ermöglichen, gemacht werden. Wir machen daher an dieser Stelle besonders darauf aufmerksam, daß wir nur dann Ersatzmitgliedbücher ausstellen, wenn die genauen Personalien, die Hauptnummer des Mitgliedsbuchs, der Tag und Ort des Beitritts, die letzte Verwaltungsstelle, an die der Bewerber seine Beiträge entrichtet, sowie die im letzten Jahre zwecks Erhebung des Mitgliedsbeitrages berührten Orte angegeben werden. Anstatt dieser letzteren Angaben können auch von den in Frage kommenden Ortsverwaltungen beglaubigte Angaben über die Endsummen des auf einer Tour erhobenen Mitgliedsbeitrages, sowie die Anfangs- und Enddaten und Orte einer jeden Tour eingefandt werden und sind allen diesen Angaben 20 S für das Ersatzbuch und 20 S für Porto von vornherein beizufügen.

Ausgeschlossen wird auf Wunsch des Spenglerfachvereins in Zürich nach § 3 Abs. 7a des Statuts der Klempner Alfred Krämer, geb. zu Hamburg am 18. Mai 1870 wegen unkollegialer Handlungsweise seinen Werksatzkollegen gegenüber.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Berufe fern zu halten: Holz- und Metallarbeiter von Göttraw (Wiedenburgische Waggonfabrik), Metallarbeiter von Nürnberg (Schneider, Metallwarenfabrik), Metallschläger von Nürnberg (Kittstein), Formner von Aro a. d. Mosel, Formner von Offenbach a. M. (Wih. Fiedenhagen & Co.).

Die Metallarbeiter in Budapest haben wegen Lohnunterschieden über die Firma Egger & Co. in Budapest den Boykott verhängt, es ist also auch nach dort hin der Zugang fern zu halten.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Erhard Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160, I.

zu richten, und ist auf dem für Mitteilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongressprotokolle, Delegiertensteuer oder Generalkommissionsmarken ist.

Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Trotzdem wir bereits am 20. Dez. v. J. und nochmals am 26. April d. J. diejenigen Verwaltungsstellen brieflich gemahnt haben, welche mit den am 4. Juni 1892 ausgegebenen Generalkommissionsmarken noch nicht abgerechnet hatten, haben nachstehend bezeichnete Verwaltungsstellen bis heute noch nicht abgerechnet und ersuchen wir hiermit dringend, dies baldigst zu thun, damit wir endlich in der Lage sind, mit der Generalkommission in Hamburg abzurechnen. Es steht immer noch aus: Reimscheid mit 145 Stück.

Errichtung einer Ortskrankenkasse für Metallarbeiter in Nürnberg.

Der Magistrat der Stadt Nürnberg erläßt folgende Bekanntmachung:

Von betheiligter Seite ist der Antrag gestellt worden, für alle in der Metallindustrie in Nürnberg beschäftigten Krankenversicherungspflichtigen Personen eine Ortskrankenkasse zu errichten.

Um festzustellen, ob die Voraussetzungen des § 17 Abs. 1 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 und 10. April 1892 gegeben sind, beziehungsweise ob mehr als die Hälfte der betheiligten versicherungspflichtigen Personen die Errichtung einer Ortskrankenkasse für die Metallarbeiter anstrebt, hat der Magistrat beschlossen, unter den Betheiligten eine Abstimmung vorzunehmen zu lassen.

Stimmberichtig sind ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit alle Personen, welche in einem zur Metallindustrie gehörigen, unten bezeichneten Gewerkszweige in Nürnberg beschäftigt sind: Nichtstimmberichtig sind:

- 1) Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker und Handlungsgehilfen, wenn ihr Arbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 6 2/3 M für den Arbeitstag oder, sofern Lohn oder Gehalt nach größeren Zeitabschnitten bemessen ist, 2000 M für das Jahr gerechnet, übersteigt.

2) Die in den Betrieben der Elektrizitäts-Alliengeellschaft vormals Schüder u. Co. und der Maschinenbau-Alliengeellschaft Nürnberg beschäftigten Personen. Für diese beiden Betriebe sind Betriebs-(Fabrik-)Krankenkassen errichtet; es kommen deshalb die dort beschäftigten Personen bei Errichtung einer Ortskrankenkasse nicht in Betracht.

Die Stimmzettel werden vom Magistrat

kostenlos zur Verfügung gestellt und vom 8. Dezember d. J. ab im Geschäftszimmer Nr. 10 des Rathhauses und in den einzelnen Polizeiwachen, während der Abstimmung auch im Abstimmungsraum selbst, unentgeltlich abgegeben. Die Wendung anderer als der amtlichen Stimmzettel ist untersagt. Der Stimmzettel kann durch Eintragung des Wortes „für“ oder „gegen“ sowohl zur Abstimmung „für“ als auch „gegen“ den gestellten Antrag benützt werden. Der Abstimmende hat den Stimmzettel unter Angabe von Stand und Wohnung zu unterschreiben und persönlich abzugeben; Stellvertretung ist nicht gestattet. Als Ausweis für den Abstimmenden dient eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Thatsache der Beschäftigung zur Zeit der Abstimmung. Zu diesen Bescheinigungen sind gleichfalls die vom Magistrat unentgeltlich zur Verfügung gestellten und gleichgültig mit den Stimmzetteln erhältlichen Formulare zu benützen. Die Unterschrift des Arbeitgebers kann durch Aufdruck des Firmenstempels ersetzt werden.

Die Abstimmung findet im Saale des Tuchhauses 1. Stock (Winklerstraße 22) in der Woche vom

Montag den 10. mit Samstag den 15. Dezember d. J.

statt und zwar an jedem Tage dieser Woche von Früh 8 Uhr ununterbrochen bis Abends 9 Uhr.

Zur Metallindustrie gehören die in den Gruppen V und VI der Reichs-Verufs-(Gewerbe-)Statistik vom 5. Juni 1882 genannten Gewerkszweige und Betriebsarten, nämlich:

Gruppe V: Metallverarbeitung.

- 1) Verfertigung von Gold-, Silber- und Platinwaren,
2) Gold- und Silberschlägerei,
3) Gold- und Silberdrahtzulegerie und Verfertigung leonischer Waaren,
4) Münzstätten,
5) Kupferschmelze,
6) Schrot- und Bleisugelfabriken,
7) Verfertigung von feinen Blei- und Zinnwaren, sowie von Metallspielwaren,
8) Glasgießerei und Brägerei,
9) Erzeugung und Verarbeitung von Metalllegierungen aller Art,
10) Eisgießerei und Eisenmaße,
11) Schwarz- und Weißblechfabrikation,
12) Klempnerei,
13) Blechwarenfabrikation,
14) Verfertigung von Stiften, Nägeln, Schrauben, Nieten, Ketten, Drahtseilen,
15) Grob- und Feinschmiede,
16) Schlosserei, Verfertigung von feuerfesten Gießkränzen,
17) Zeug- und Messerschmiede, Verfertigung von eisernen Kurzwaren,
18) Stahlseilfabrikation,
19) Nähfabrikation,
20) Verfertigung von Nadler- und Drahtwaren, einschließl. Drahtgewebe.

Gruppe VI: Maschinen, Werkzeuge, Instrumente, Apparate.

- 1) Fabrikation von Dampfmaschinen, Lokomotiven, Lokomobilen,
2) Fabrikation von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräthen,
3) Fabrikation von Spinnerei- u. Weberei-Maschinen und -Maschinen,
4) Nähmaschinenfabrikation,
5) Mühlenbau,
6) Verfertigung von eisernen Baukonstruktionen,
7) Herstellung von Zentralheizanlagen,
8) Verfertigung von Maschinen, Werkzeugen und Apparaten anderer Art,
9) Stellmacherei und Wagnerel,
10) Wagenbau-Anstalten,
11) Büchsenmacherel, Gewehrfabrikation,
12) Zeitmeßinstrumente (Uhrmacherel),
13) Pianofortefabrikation,
14) Verfertigung anderer Musikinstrumente,
15) Verfertigung mathematischer, physikalischer und chemischer Instrumente und Apparate,
16) Verfertigung chirurgischer Instrumente und Apparate,
17) Verfertigung anatomischer und mikroskopischer Präparate,
18) Verfertigung von Telegraphen- und Telephonanlagen und -Apparaten,
19) Lampen und andere Beleuchtungsapparate.

Damit die Betheiligten sich leichter zu rechtfinden, sind die hauptsächlichsten der betheiligten Gewerkszweige und Betriebsarten nachstehend in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt:

- Ableuschmiede, Aluminiumfabrikanten, Armaturenfabriken, Ausstopfer, Barometermacher, Bijouteriewaarenfabriken, Blattmetallfabrikanten, Blecharbeiter, Blechspielwarenfabrikanten, Blechwarenfabrikanten, Bleisugelfabrikanten, Bleiwarenfabrikanten, Bleiblennerfabriker, Brillenfabrikanten, Britannicmetallwarenfabrikanten, Brotwarenfabrikanten, Bronzewarenfabrikanten,

- Büchsenmacher, Centralheizanlagen, Draht- und Drahtwarenfabriken, Eisenblecher, Eisenblecher, Eisen- und Stahlkurwarenfabriken, Erzgäher, Feilenhauer, Feingoldschläger, Feuerschlaggeräthefabriken, Fläschner, Fittlerfabrikanten, Former, Galvanoplastische Anstalten, Gasbeleuchtungsapparate- und Gasbrennerfabriken, Gas- und Wasserleitungsgegenstände, Fabr. f., Gebläsefabrikanten, Geigenfabrikanten, Gefäßschmelzer, Gelbleger, Gelbschrankfabrikanten, Geschmeidmacher, Gewehrfabrikanten, Gewichfabrikanten, Glockengießer, Goldarbeiter, Goldbortenmacher, Goldbühnenmacher, Goldschläger, Gold- und Silberspinner, Großuhrmacher, Gürtler, Haarnadelfabrikanten, Haken- und Desenfabrikanten, Harmonikamacher, Herbfabriken, Puffschmiede, Instrumenten- (musikalische, optische, chirurgische) mager, Juweliere, Kapelmacher (Metall), Kartätzschmiedmacher, Kesselschmiede, Kettenfabrikanten, Kletterwagenfabrikanten, Klaviermacher, Kochherdfabriken, Kugelfabrikanten, Kupferschmiede, Lampenfabrikanten, Laternenfabrikanten, Laubsägefabrikanten, Leontische Waaren, Fabr. f., Nähmaschinenfabriken, Maßstabmacher, Maschinenfabriken, Mechaniker, Meubellfabriken, Messerschmiede, Messinggießer, Metalldreher, Metallbrücker, Metallgießer, Metallklaxer, Metallpolier, Metallschablonenfabriken, Metallschläger, Metallwarenfabriken, Mühlenbauer, Mängelstätten, Mundharmonikafabriken, Musikinstrumentenmacher, Nadel- und Hakenfabriken, Nähmaschinenfabriken, Nagelschmiede, Nietenfabrikanten, Desenfabrikanten, Optiker, Orgelbauer, Orthopäden, Pianofortefabrikanten, Pinselkapelmacher, Plattirer, Plattirwarenfabriken, Pulsometerfabriken, Pumpenfabriken, Radmacher, Reihzeugmacher, Reihzeugpolier, Ring- und Kettenmacher, Rothgießer, Rothschmiedbroschier, Rothschmiede, Sägenfabrikanten, Sägenfeiler, Sargbeschlägerfabrikanten, Scheerenfabrikanten, Scheerenfleischer, Schellenmacher, Schleifer (Metall), Schlosser, Schmiede, Schraubenfabrikanten, Schwertfeger, Silberarbeiter, Silberdrahtzieher, Silberschläger, Sparherdfabrikanten, Spengler, Spielwarenfabrikanten (Metall), Stahlwarenfabrikanten, Stanloßschläger, Stednadelfabrikanten, Stellmacher, Stereoskopfabrikanten, Stiftenmacher, Streichinstrumentenmacher, Telegraphenbauanstalten, Telephonbauanstalten, Uhrenfabrikanten, Uhrmacher, Velogipedfabriken, Veredelungsanstalten, Verzinner, Waagenfabrikanten, Waffenschmiede, Wagenbauer, Wagenklaxer, Wagner, Wasserheizanlagenfabriken, Werkzeugfabrikanten, Windenmacher, Zahntechniker, Zeugschmiede, Zintwarenfabrikanten, Zinnfigurenfabrikanten, Zinnfolienfabrikanten, Zingießer, Zinnspielwarenfabrikanten, Zirkelschmiede.

Zum Zwecke der Ermittlung der Zahl der in den betheiligten Gewerkszweigen und Betriebsarten beschäftigten Personen wird in der Zeit vom 8. mit 8. Dezember d. J. durch die Meisterschule eine Zählung vorgenommen werden.

Die Arbeitgeber werden ersucht, die Zählblätter, welche ihnen durch die Meisterschule vorgelegt werden, sofort auszufüllen, beziehungsweise den sie besuchenden Meisterschulenteilen den erforderlichen Aufschluß über die Zahl der bei ihnen zur Zeit der Zählung beschäftigten Personen alsbald zu ertheilen. Nürnberg, den 24. November 1894. Stadtmagistrat. Täubler.

Es ist nun Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, sich an der Abstimmung zu betheiligen und den Zettel für die Errichtung der Kasse abzugeben.

Auf zur regen Agitation in allen Werkstätten!

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg).

Bergeborbeck. Am 18. November fand im Vereinslokal der Filiale Bergeborbeck die regelmäßige halbjährige Bezirkskonferenz der 28. Wahlabtheilung statt. Nach Eröffnung derselben durch G. Seidler wurde festgestellt, daß die Ortsbeamten von sechs Filialen anwesend waren. Kollege Seidler bedauerte, daß bei verschiedenen Ortsbeamten die Konferenz so wenig Beachtung findet. Es sei unbedingt notwendig, daß die Ortsbeamten gegen die jegliche Handhabung des § 10 unseres Statuts seitens des Vorstands Stellung nehmen. Er bitte als 1. Punkt zur heutigen Tagesordnung zu stellen: Die jegliche Handhabung des § 10 seitens des Vorstands. Zu diesem Punkt nimmt Kollege Danquiller, Filiale Gelsenkirchen, das Wort. Derselbe legte durch Thatsachen dar, daß der Vorstand in sehr ungeschickter Weise den § 10 in Anwendung bringt. Durch zwei Mitgliedsbücher bewies er, daß der Vorstand Krankheiten, die über zwei Jahre gewährt, als Fortsetzung gerechnet hat, was es doch ausdrücklich im Statut heißt: „Ja

jedoch der Krankengeldbezug mindestens zwei Jahre unterbrochen, so gilt die Krankheit als beendet.“ Ferner theilte Meiner mit, daß er gegen den Beschluß des Vorstandes Berufung beim Schiedsgericht eingereicht hätte, weshalb er bittet, vorläufig keinen definitiven Beschluß zu fassen, sondern erst das schiedsgerichtliche Urtheil abzuwarten. Er beantragt, die nächste Bezirkskonferenz noch vor Schluß dieses Jahres abzuhalten, wo dann auch die schiedsgerichtlichen Urtheile vorgelegt werden können. Mehrere Kollegen theilten ihre Erfahrungen noch mit und schlossen sich den Ausführungen Danquillers an. Der Antrag wurde hierauf einstimmig angenommen. Ferner wurde der Antrag, daß die nächste Bezirkskonferenz in Gelsenkirchen stattfinden soll, angenommen. Hoffentlich werden die heute in Bergeborbeck fehlenden Filialen dann vertreten sein. Nachdem noch 3 Personen gewählt, welche einen Auszug aus dem heutigen Protokoll beauftragt Bekanntheit in die „Metallarbeiter-Zeitung“ mit zu unterzeichnen haben, wurde die Konferenz durch den Vorsitzenden mit der Bitte, sich zur nächsten Konferenz, die am 16. Dezember in Gelsenkirchen stattfindet, zahlreich einzufinden, geschlossen.

D. Aufferde. F. Witte. R. Fuch. G. Seidler, Vorsitzender. C. Rod. Schriftführer.

In der am 25. November in Nummer stattgefundenen üblichen Vierteljahreskonferenz der Ortsbeamten der 12. Wahlabtheilung (Hannover und Umgegend) wurde u. A. Stellung zu den in Nr. 45 der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichten Artikeln von Berlin und Dresden genommen. Es wurde zunächst betont, daß der Artikel von Berlin vollständig zu unterstützen sei, wenn bei den angeführten Fällen innerhalb zwei Jahren kein Krankengeld gezahlt ist. Daß der Vorstand gegen den § 10 Abs. 6 des Statut handelt, wurde von den Ortsbeamten Hannover durch folgenden Fall bewiesen. Das betreffende Mitglied litt vom 10. August 1892 bis 10. September 1892 an Lungentarrh, ist dann am 8. Oktober 1894 an derselben Krankheit wieder erkrankt. Es ist dies ein Zwischenraum von 2 Jahren 1 Monat. Statutgemäß war die Krankheit als beendet anzusehen. Der Vorstand ordnete am 24. Oktober 1894 an, die Krankheit unbedingt als Fortsetzung der Krankheit von 1892 zu betrachten; gegen dieses Vorgehen wurde ganz entschieden protestirt. — Der Dresdener Artikel konnte von den Anwesenden nicht unterstützt werden. Linden-Hannover, 1. Dezember 1894. Fr. Kelling. Chr. Witten. S. Meigel.

Litterarisches.

Der Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Buntstraße 2). Nr. 44 vom 29. November hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Wobels Fahnenhebung. — Danern-Obend. — Geist und Moral der deutschen Presse vor fünfzig Jahren. — Björnson über Frauenfrage II. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Todtenliste. — Zur Auseinandersetzung in der Partei. — Zum babilischen Streit. — Ein Bruderstreit zwischen München und Berlin. — Unabhängige und Anarchisten in London. — Der Parteitag in der Schweiz.

Briefkasten.

H. Dresden. Lieber Freund, so „gerühmlich“, wie Sie meinen, würde man in Sachen mit G. doch nicht umgegangen sein. J. Hannover. Wenn die Anzeigen rechtzeitig eingefandt werden, finden sie Aufnahme. Die fraglichen gingen zu spät ein. F. u. M., Bremerhaven. Es geht nicht an, derartige allg. Warnungen zu erlassen.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Altenburg. Sonnabend, 8. Dezember, Versammlung im „Goldenen Löwen“. Gleichzeitig bringen wir in Erinnerung, daß an diesem Tage auch Beiträge entgegen genommen werden. — Sonntag, 9. Dezember, Nachm. 3 Uhr, Generalversammlung im „Waldschloßchen“. Altona. Laut Beschluß der letzten kombinierten Versammlung findet Sonntag, 9. Dez., Nachm., Etendam 39, St. Georg, ein Experimentvortrag über Elektricität statt. Die Mitglieder werden ersucht, sich in die ausgegebenen Listen einzusetzen und den Betrag von 50 J gleich zu entrichten. Nach dem Vortrag Besuch der Ausstellung (Elektra). Sammelplatz halb 2 Uhr am Postbahnhof. Altona. (Selt. der Klempner u. v. B.) Dienstag, 11. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Marjes, Blumenstr. 41, Mitglieder-Versammlung. Hamburg. Samstag, 15. Dez., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Rothem Ochsen“.

Bayern. Sonnabend, 15. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Jägerhof“, 1. St.

Bonn a. Rh. Der Vertrauensmann Peter Weber nimmt Anmeldungen sowie Beiträge jeden Abend von 8-9 Uhr auf der Herberge, Stiftsstraße 21, entgegen; die Zeitung wollen sich die Mitglieder in seiner Wohnung, Wehrstr. 111, abholen.

Brandenburg. Montag, 10. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Winkel's Lokal, Hauptstr. 84. L. O.: Neuwahl der gemeinsamen Ortsverwaltung.

Braunschweig. (Sektion der Schlosser u. s. w.) Sonnabend, 8. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, im „Prinz Wilhelm“, Generalversammlung. L. O.: Bericht der Ortsverwaltung. Neuwahl derselben. Verschiedenes. — Die Delegierten werden auf § 3a aufmerksam gemacht.

Bremen. Sonnabend, 15. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Generalversammlung. L. O.: Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. Protokollverlesen. Rassen- und Jahresbericht. Wahl der Ortsverwaltung. Fragelasten.

Cannstatt. Samstag, 8. Dez., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Rustischen Hof“. L. O.: Eingahlung und Aufnahme. Verlesung der Protokolle. Vortrag vom Kollegen Bildstein über: Sozialreform. Verschiedenes.

Cannstatt. (Sekt. der Formier.) Samstag, 8. Dez., Monatsversammlung bei Chr. Peter, Olgastraße, auf dem Seelberg. Tagesordnung im Lokal. Die Mitgliedsbücher sind zur Revision mitzubringen.

Crefeld. Sonntag, 22. Dez., Generalversammlung. L. O.: Neuwahl der Ortsverwaltung.

Döbeln. Sonntag, 16. Dezbr., Vorm. 10 Uhr, Zusammenkunft der Mitglieder des D. M. V. bei Hempel, Neugasse.

Dortmund. Sonntag, 9. Dez., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Köhler, Köhlerplatz 3. L. O.: Vortrag des Herrn Behmann. Wahl der Delegierten zur Provinzialkonferenz. Verschiedenes.

Dresden-Neustadt und Umgebung. Sonntag, 9. Dezbr., Exkursion nach der Station der deutschen Straßenbahn. Sammelpunkt 1 Uhr im Restaurant Zimmermann, Schöndruckerstr. 1, Abmarsch punkt halb 2 Uhr. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Düsseldorf-Verendorf. Sonntag, den 9. Dez., Abds. 8 Uhr, Versammlung im Lokale des Wirtz Wieselaken, Kaiserwerthstraße 17. L. O.: Wahl der Ortsverwaltung. Zahlung der Beiträge. Verschiedenes.

Eckartsförde. Sonnabend, 15. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, bei A. Schmidt (Herberge), Generalversammlung. L. O.: Neuwahl der Ortsverwaltung. Lokalfrage. Verschiedenes. — Die rückständigen Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge zu entrichten.

Eisenach. Mittwoch, 7. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, im Gasthof zum „Fröhlichen Mann“, Mitglieder-Versammlung. L. O.: Rasse und Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.

Eisenberg. (Allg.) Sonnabend, den 8. Dez., Abds. 8 Uhr, im Gasthaus „Hoheluft“, Mitglieder-Versammlung. L. O.: Aufnahme und Beitragszahlung. Diskussion des Nürnberger Antrages (Nr. 48 der „D. Met.-Arb.-Ztg.“). Wahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes.

Freiburg i. B. Samstag, 15. Dez., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. L. O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlung der Beiträge. Vortrag. Die Frau in der heutigen Gesellschaft.

Fürth. (Allg.) Sonntag, 16. Dezbr., Nachm. 3 Uhr, bei Schindler, Marienstr., außerordentl. Mitglieder-Versammlung. L. O.: Neuwahl der Ortsverwaltung. Erziehung zur Herbergskommission. Verschiedenes.

Fürthwangen. Samstag, 15. Dezbr., Abds. halb 8 Uhr, im „Gasthaus zum Rab“, Mitglieder-Versammlung. L. O.: Eingehung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Wünsche und Anträge. Vollständiges und pünktliches Erscheinen ist notwendig.

Gaffeln. Sonnabend, 15. Dezbr., Abds. 8 Uhr, im „Schützenhaus“, Mitglieder-Versammlung. L. O.: Eingehung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Neuwahl der Ortsverwaltung. Unser Schwesternvergleich.

Gamburg. Gemeinschaftliche Versammlung sämtlicher Sektionen am Freitag, 14. Dez., Abds. 9 Uhr, im Lokale des Herrn Meißner, Hohe Bleichen 30. L. O.: Das Gamburgere Vereinsgesetz und die Stellung der Behörde zu demselben. Unsere Agitation. Sommervergütung. Diese Versammlung bildet die Fortsetzung derjenigen vom 23. November und ersuchen wir die Kollegen, zahlreich zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Hamburg. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 11. Dezbr., im „Hammonia-Gesell-

schaftshaus“, Hohe Bleichen 30, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung wird am Sonntag, den 9. Dezember im „Hamburger Echo“ bekannt gegeben. — Die Mitglieder werden dringend ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Hamm i. B. Sonntag, 16. Dez., Nachm. halb 2 Uhr am Bahnhof zur Abfahrt nach Lünen. Alle Mann an Bord!

Harburg. Sonnabend, 15. Dez., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. L. O.: Aufnahme und Zahlung. Wahl einer Ortsverwaltung. Verschiedenes.

Heidelberg. Samstag, 8. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Rothem Löwen“, Steingasse. L. O.: Wahl der Ortsverwaltung.

Höchst a. M. Dienstag, 11. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal, Moserstr. 86. Tagesordnung beifolgt. — Jeden Zwischen-Dinstag im Lokal. Zahlabend.

Hof. Samstag, 9. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Deeg (Mühlbamm), Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Hersdorf. Sonntag, 9. Dezbr., Abds. 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Brennscheld. L. O.: Neuwahl der Ortsverwaltung. Stellungnahme zur Provinzialkonferenz in Dortmund.

Karlsruhe - Mühlburg. Samstag, 8. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Versammlung. Vortrag über: Bau und Wartung der Dampfboiler.

Kiel. Mittwoch, 12. Dez., Abds. 8 Uhr, in den „Zentralkassen“, Alte Reihel 8, außerordentl. Mitglieder-Versammlung. L. O.: Protokollverlesen und Aufnahme neuer Mitglieder. Vorstandswahl. Fragelasten. Verschiedenes.

Konstanz. Samstag, 15. Dezbr., Mitglieder-Versammlung. Vortrag von Gen. Dietrich. Weitere Tagesordnung im Lokal.

Pottbus. Sonnabend, 15. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Generalversammlung bei Behniger. L. O.: Eingehung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Bericht vom Gewerkschaftskartell. Neuwahl der Gesamtsverwaltung. Innere Angelegenheiten. Fragelasten. — Die Restanten werden auf § 3a aufmerksam gemacht.

Reichhausen. Sonntag, 9. Dez., Vorm. 10 Uhr, im Vereinslokal Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. — Die mit ihren Beiträgen rückständigen Mitglieder werden ersucht, dieselben wegen Fertigstellung der Abrechnung zu entrichten.

Reipzig. Den Verbandsmitgliedern von Leipzig-Zentrum zur Nachricht, daß Jeder sein Verbandsbuch an den Vertrauensmann resp. an denjenigen Kollegen, von dem er seine Zeitung hat, in diesem Monat behufs Feststellung der Mitglieder sowie Eintragung ins Hauptbuch abzugeben hat. — Die Kollegen, welche noch im Rückstande sind, müssen sich beim Beschlusmächtigsten, Kreuzstr. 141, melden, damit ihre Mitgliedschaft nicht erlischt.

Tennep. Sonntag, 16. Dezbr., Nachm. 5 Uhr, im Vereinslokal bei Herrn R. Jütte, Generalversammlung. L. O.: Rechenschaftsbericht. Rassenbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes.

Markt Redwitz. Sonntag, 9. Dezbr., Vorm. 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Mühlhausen i. G. Samstag, 8. Dez., Abds. 8 Uhr, im Christl. Lokal, Stiftungsfest des Metallarbeiter-Verbandes unter Mitwirkung der Metallarbeitermutter und des Gesangsvereins „Arion“. — Samstag, 9. Dezbr., Nachm. halb 8 Uhr, im gleichen Lokal Sitzung der Metallarbeiter. Vortrag des Vertrauensmannes über den Rückgang des Handwerks.

Mühlheim a. Rh. Montag, 10. Dezbr., außerordentl. Mitglieder-Versammlung. L. O.: Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. Vortrag. Wahl der Ortsverwaltung. Fragelasten. Verschiedenes. — Die Restanten werden auf § 3a aufmerksam gemacht. — Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß von jetzt ab keine Bücher mehr abgegeben werden. Die entliehenen Bücher sind wegen Revision abzugeben.

Münden (Hannover). Zentralherberge und Fremdenverkehr der Metallarbeiter befindet sich in der Gastwirtschaft „Anker“ (Gelb) an der Schlacht.

Neu-Ruppin. Sonnabend, 15. Dezbr., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Gasthof zu den 3 Linden, Gartenstr. 3. Tagesordnung im Lokal. — Den durchreisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich auf Herberge und Verkehrslokal Gartenstr. 3 befinden.

Nusselt. Sonnabend, 15. Dez., Abds. 8 Uhr, im Lokale „Neue Ruffenstraße“, Versammlung.

Nürnberg. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 8. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, im „König von England“, Generalversammlung. L. O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Jahresbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes und Fragelasten.

Nürnberg. (Sektion der Mechaniker, Ringeleger u. v. B.) Samstag, 15. Dezbr., Abds. 8 Uhr, Generalversammlung im Lokal, Wirtzschast „Hohenschwangen“, Wiesenstr. 42. L. O.: Neuwahl der Gesamtverwaltung. Agitation. Verschiedenes.

Nürnberg. (Sektion der Holzzeug-Industrie.) Montag, 10. Dez., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Nürnberg. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 15. Dez., Abds. halb 9 Uhr, im Saale des Herrn Herzog, Neuthorstr., Generalversammlung. L. O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Neuwahl der Gesamtverwaltung. Verschiedenes und Fragelasten. Zahlreicher Besuch notwendig. — Sonntag, 16. Dezbr., Familienabend mit gefelliger Unterhaltung im Lokal. Beginn 7 Uhr. — Wohnungswechsel, Beschwerden u. wollen die Kollegen behufs Abhilfe sofort der Verwaltung bekannt geben.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede.) Samstag, 15. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Jammerschloß“. L. O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Beschlußfassung über Abhaltung einer Christbaumverlosung. Fragen. Verschiedenes.

Pforzheim. Sonntag, 9. Dez., Abds. 8 Uhr, in den unteren Räumlichkeiten des „Goldenen Löwen“, 8. Stiftungsfest mit Christbaumfeier und Gabenverlosung. Einführung gestattet. Freiwillige Gaben hierzu werden im Lokal entgegengenommen. — Die Mitglieder-Versammlung am 10. Dezbr. fällt aus. — Sonntag, 16. Dez., Nachm. 2 Uhr, Generalversammlung im Lokal.

Regensburg. Samstag, 15. Dezbr., Abds. 8 Uhr, in der Stablerbrauerei Generalversammlung. Tagesordnung im Lokal. Die Mitglieder werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

Ruhla. Sonnabend, 8. Dezbr., Abends punkt 7 Uhr, Versammlung bei Erdmann (Ede). L. O.: Beitragshebung und Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag und Erläuterung der Statuten. Verschiedenes.

Rathenow. (Sektion der Einwickler.) Sonnabend, 15. Dezember, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Granitz. L. O.: Bericht der Ortsverwaltung über ihre Tätigkeit im verflochtenen Jahre. Neuwahl der Ortsverwaltung. Bericht des Delegierten vom Gewerkschaftskartell. Neuwahl des Delegierten. Verschiedenes.

Schwelm. Sonntag, den 16. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Herrn Paul Eblughaus, Generalversammlung. L. O.: Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Stellungnahme zur Provinzialkonferenz in Weßfalen. Neuwahl der Gesamtverwaltung. Die Freikarten für das Stiftungsfest werden ausgegeben.

Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 8. Dezember, Versammlung im „Stroh“, Zimmer Nr. 20. L. O.: Eingahlung und Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag. Neuwahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes.

Schönsberg. Mittwoch, 12. Dez., Abds. 8 Uhr, Generalversammlung. L. O.: Abrechnung und Jahresbericht. Vortrag des Genossen F. Kasper-Steglich über: Kasarismus im alten Rom. Wahl der Ortsverwaltung. Verbandsangelegenheiten. Verschiedenes und Fragelasten. — Die Kollegen, die ihre Zeitung in's Haus geschickt wünschen, wollen ihre Adresse bei Klein Schmidt, Fritz Reuterstraße 3, abgeben.

Schramberg. Sonntag, 9. Dezember, Nachm. halb 2 Uhr, Generalversammlung im „Rüchle“. L. O.: Eingahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Neuwahl der Gesamtverwaltung. Vortrag eines Genossen. Verschiedenes.

Schwab. Gmünd. Samstag, 8. Dez., Mitglieder-Versammlung im Lokal. Tagesordnung beifolgt. Die Mitglieder werden ersucht, betr. Generalversammlung und Revision der Mitgliedsbücher zahlreich zu erscheinen.

Schwerin. Sonnabend, 15. Dezember, Generalversammlung. L. O.: Neuwahl der Ortsverwaltung. — Die Restanten werden ersucht, ihre Beiträge bis zum Jahresabschluss in Michtigkeit zu bringen. — Diejenigen Mitglieder, welche Bücher aus der Bibliothek haben, werden ersucht, dieselben in dieser Versammlung abzuliefern.

Selbert. Am 9. Dezember, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. L. O.: Neuwahl der Ortsverwaltung.

Sellingen. Sonntag, 16. Dez., Nachm. 2 Uhr, Generalversammlung im Lokal „Felsen“. L. O.: Eingahlung und Aufnahme neuer Mitglieder. Neuwahl der Gesamtverwaltung. Verschiedenes und Fragelasten.

Witten. Sonntag, 9. Dezbr., Nachm. 5 Uhr, Versammlung bei Wirtz Dahn, Herberstr. 8. L. O.: Zahlung und Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag des Kollegen König über: Die Gewerbeordnung und welches Recht bietet sie den Arbeitern? Stellungnahme zur geplanten Konferenz für Westphalen. Verschiedenes.

Öffentl. Versammlungen.

Bremen. Sonntag, 16. Dez., Nachm. halb 4 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Vereinslokal, Hankenstraße 21/22. L. O.: Vortrag des Kollegen Willenbrock über Geldpolitik. Diskussion. Beantwortung von Anfragen.

Crefeld. Sonntag, 9. Dezbr., Vorm. 11 Uhr, bei Nebel, Ostwall, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Vortrag über: Die jetzige Lage der Gewerkschaften.

Dessau. Sonnabend, 15. Dezbr., Abds. 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Winer's Lokal. L. O.: Vortrag. Referent: Kollege Gärtner-Magdeburg. Neuwahl der Vertrauensperson. Verschiedenes.

Dresden. Sonntag, 16. Dez., Vorm. 11 Uhr, öffentliche Versammlung im „Trianon“. L. O.: Vortrag des Naturheilkundigen Herrn Wolf. Näheres in der Versammlung.

Kadeberg. (Kranken- und Sterbelasse der Metallarbeiter.) Sonntag, 9. Dezember, Vorm. 11 Uhr, im Gasthof zur „Reichskrone“, öffentliche Versammlung. L. O.: Die Entwicklung des Krankenkassenwesens und die Vorhülle der Allgemeinen Kranken- und Sterbelasse der Metallarbeiter. Debatte. Referent: S. Holz aus Dresden.

Anzeigen.

Auf den Dreher Hugo Rothhof wird hiermit aufmerksam gemacht und ersucht, demselben seinen Vertrauensposten mehr zu übertragen. **Ortsverwaltung Crefeld.**

Der Verwalter Max Bösch, Buchstr. 28802, geb. zu Hamburg, wird ersucht, seine Adresse nach hierher gelangen zu lassen. Eventuell ersuche die Verwaltungen Stellen darum. **Albert Krudt,** Buchstr. 28802, Buchstr. 28802, Buchstr. 28802.

Der Klempnermeister W. B. aus Kottbus wird dringend gebeten, seine Adresse an seinen Vater gelangen zu lassen. Alle Verbandskollegen werden ersucht, den Betreffenden hiervon in Kenntnis zu setzen.

Der Former Max Wittmann, letzter Aufenthalt Götrow, wird gebeten, seine Adresse seiner Mutter in Berlin, Seeburgstr., per Uhr. Monteur Eberdt, mitzuteilen.

Der Mitglied W. U. W. geb. den 23. Dezember 1874 zu Wolschendorf, Buchstr. 81121, wird ersucht, einer wichtigen Angelegenheit wegen seine Adresse nach hier einzusenden. **S. Fehld,** Mittenburg, Buchstr. 14.

Das Verbandsmitglied E. W. wird von seiner Mutter ersucht, seine Adresse der hiesigen Verwaltung zukommen zu lassen. **Ortsverwaltung Harburg.**

Der Former Wilhelm Grau aus Göttingen, Buchstr. 73092, eingetretten am 8. April 1894 in Weßen, wird ersucht, seinen Verpflichtungen in Hof nachzukommen, damit ihm sein Mitgliedsbuch nachgeschickt werden kann. — Dagegen wird der Schlosser Hermann Benz, geb. zu Nauen, Buchstr. 64884, eingetretten am 28. März 1893 in Stuttgart, ersucht, seine Adresse hierher gelangen zu lassen, damit demselben sein in Hof verloren gegangenes Mitgliedsbuch gesandt werden kann. **Ortsverwaltung Hof.**

Der Schlosser Herrm. Draeger aus Minden wird aufgefordert, uns oder dem Herbergs-Wirtz seine Adresse einzusenden. **Ortsverwaltung Minden i. B.**

Die Ortsverwaltungen werden ersucht, den Aufenthalt des Feilenbauers Adolf Zeit aus Eisenburg, Buchstr. 61055 an den Vertrauensmann in Töbau i. S. bekannt zu geben.

Ein jungerer Feilenbauer, welcher auch schon Sägmühlfeilen gehauen hat, sucht Stelle. Näheres in der Expedition d. Bl.

Sieben erschien im Verlage von M. Ernst, München:

Fuchs mühl,

eine Skizze aus dem Rechtsstaate der Gegenwart von Adolf Müller. 86 Seiten, 20 J.

Diese Broschüre enthält die Resultate der infolge Auftrags der bayerischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion an Ort und Stelle erhobenen Untersuchungen, sie enthält ferner die Entwicklung der für das deutsche „Recht-leben“ so entscheidenden Tragödie. Da das gesamte zugrunde liegende Material in jeder Beziehung unanfechtbar ist, so erheben die gewonnenen, oft geradezu empörenden Resultate das Interesse aller Genossen.

Der Uebersichtlichkeit wegen sind zwei an Ort und Stelle gemachte photographische Aufnahmen beigegeben.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.